Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 Mk., durch die Post 3,25 Mk., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rückdruck nur mit Quellenangabe „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Schriftleitung Nr. 1140 der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnements-Abteilung Nr 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Achtundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Zeile 1 Mk. Schluß der Inseratenannahme: vorm. 11 Uhr, in der Sonntagsnummer abends 6 Uhr.

Erscheint täglich zweimal.
Sonntags und Montags einmal.

Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24

Nr. 93. **Halle, Mittwoch, den 25. Februar** **1914.**

Die Arbeitslosenfürsorge.

Die Ortsgruppe Halle des Reichsvereins liberaler Arbeiter und Angestellter hat vor einiger Zeit nach einem Vortrag des Landtagsabgeordneten Herrn Delius folgende Entschließung angenommen:

„In Anbetracht des Umstandes, daß z. Z. eine Reichsarbeitslosenversicherung undurchführbar ist, ersucht der liberale Arbeiterverein einstimmig Magistrat und Stadtverordnetenkollegium, daß auch in der Stadt Halle eine Arbeitslosenfürsorge nach dem Vorbilde anderer Städte eingeführt werde."

In verschiedenen Kreisen hat diese Entschließung lebhaftes Kopfschütteln hervorgerufen und verschiedentlich hat man gefragt, ob denn die Arbeitslosigkeit wirklich so schlimm sei, daß jetzt auch die bürgerlichen Arbeiter nach dem „Allheilmittel der Arbeitslosenversicherung", nach Staats- und Gemeindehilfe rufen müssen.

Diesen scheinbar weltfremd der allgemeinen Wirtschaftslage gegenüberstehenden Kreisen sei entgegengehalten, daß nach den Ermittelungen des Kaiserlich Statistischen Amts, einer gewiß einwandfreien Quelle, das neue Jahr noch schlechter begonnen als das verflossene geendet hat. Die Ungewißheit der politischen Lage im verflossenen Jahr, die Spannung des Geldmarktes und die allgemeine Depression der Gesamtwirtschaftslage haben die allgemeine Konjunktur auf eine abwärtssteigende Kurve gedrängt.

Kurz und bündig, aber inhaltsschwer wird festgestellt: Der Beschäftigungsgrad auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt hat sich noch weiter verschlechtert.

Die Tatsachen beweisen eine solche Feststellung. Von den 49 Arbeiterfachverbänden, welche in regelmäßigen Zwischenräumen dem Statistischen Amte Berichte geben, werden 2 023 051 Mitglieder gezählt. Von diesen waren im Dezember 4,8 Prozent arbeitslos gegen 3,1 Proz. im Vormonat. Das ist aber nur ein Teil, und sicher noch nicht der größere unseres gewaltigen Arbeiterheeres. Daneben berichtet der Verband der Arbeitsnachweise, daß im gleichen Berichtsmonat auf je 100 Stellen bei männlichen Personen 214, bei weiblichen Personen 120 Arbeitsuchende kamen. Es standen hier rund 377 000 Arbeitsgesuchen nur rund 173 000 offene Stellen gegenüber. Schon durch diese Angaben wird man sich ein Bild der herrschenden Arbeitslosigkeit machen können, besonders wenn man berücksichtigt, daß die Angaben des Statistischen Amtes nur einen Teil der organisierten Arbeiter umfaßt und die Gesamtheit der unorganisierten Arbeitermassen bei der statistischen Erhebung nicht berücksichtigt sind.

Auch in kaufmännischen Kreisen wird die Arbeitslosigkeit mehr denn je fühlbar. Von 25 kaufmännischen Vereinen und Verbänden wird mitgeteilt, daß 49 516 Bewerbungen vorlagen, von denen nur rund 28 000 erledigt werden konnten. Bei den Nachweisstellen von fünf Vereinen bezw. Verbänden für Bureauangestellte lagen 1579 Bewerbungen vor, von denen nur 889 erledigt werden konnten. Beim Verbande der öffentlichen Schreibstuben waren im Dezember 1145 Personen stellenlos.

Lassen diese Angaben die schwere Kalamität der Arbeitslosigkeit schon erkennen, so wird man sich einen Gesamtüberblick verschaffen können, wenn man erfährt, daß die Fachverbände der Arbeiter im Jahre 1913 3 107 953 Mark Arbeitslosenunterstützung gegen 1 870 544 Mark im Vorjahre gezahlt haben.

Die zu Hunderttausenden durch die wirtschaftliche Krise arbeitslos, ohne ihre Schuld arbeitslos gewordenen kann man nicht sich selbst überlassen, man kann auch nicht den Organisationen allein die Unterstützung dieser Menschenmenge übertragen. Hier müssen Staat und Gemeinde Hand in Hand gehen. Die arbeitslos und damit unterstützungsbedürftig Gewordenen kann man so ohne weiteres auch nicht der gemeindlichen Armenfürsorge überweisen. Schon aus praktischen Gesichtspunkten heraus wird das nicht angebracht sein, aber auch aus staatsbürgerlichen Gründen wird man zu diesem Mittel nicht greifen können. Durch Armenfürsorge werden die staatsbürgerlichen Rechte geschmälert, und das werden die meisten unverschuldet in Not gekommenen Menschen nicht wollen. Wenn von Reichs wegen eine Arbeitslosenfürsorge in absehbarer Zeit nicht zu erreichen ist, dann muß von Staat und Gemeinde etwas geschehen, um dem Uebel wenigstens in etwas abzuhelfen. Ich denke hier an das Zusammengehen von Staat und Gemeinden ähnlich dem in Bayern. Von der bayerischen Regierung werden seit Jahren sämtliche in Betracht kommenden Staats- und Gemeindebehörden frühzeitig aufgefordert, nach Möglichkeit für die Bereitstellung von Arbeitsgelegenheit für den Winter zu sorgen und die auszuführenden Arbeiten tunlichst in die Wintermonate zu verlegen. Weiter wurde den Städten die Einführung einer Arbeitslosenversicherung anempfohlen und zwar durch eine Verbindung des Systems freiwilliger Arbeitslosenkassen (Berner System) mit dem der Zuschüsse an Organisationen (Genter System). Zunächst lehnten die Städte eine solche Arbeitslosenversicherung ab, erklärten sich aber dann bereit, wenn der Staat ihnen hierzu Beihilfen gewährt. Diesem Verlangen ist der bayerische Staat nachgekommen, indem die bayerische Kammer unterm 8. März 1912 beschloß: „Die Königliche Staatsregierung wolle jenen Gemeinden, welche die Arbeitslosenversicherung einzuführen gewillt sind, eine Staatsunterstützung gewähren." Darauf sind im Etat des Ministeriums des Innern für 1914 und 1915 75 000 Mark angefordert worden. Ein Drittel der durch die Versicherung entstehenden Kosten sollen durch die staatlichen Zuschüsse gedeckt werden. München ist darauf an die Arbeitslosenfürsorge herangetreten und hat 50 000 Mark, Nürnberg 30 000, Ludwigshafen 10 000 und Kaiserslautern 5000 Mark für die Arbeitslosen bereitgestellt. In Norddeutschland, wo wir bedauerlicherweise ein solches Entgegenkommen des Staates noch nicht haben, haben sich in jüngster Zeit eine Reihe von größeren Städten bereit erklärt, für die Arbeitslosen etwas in den städtischen Etat einzustellen und entweder nach dem kombinierten Berner und Genter System oder nach dem Kölner System etwas für die bedauerlich in unverschuldete Not geratenen zu tun.

Angesichts solcher Beispiele ist es bedauerlich, daß die Stadt Halle sich dem Verlangen nach einer Unterstützung der Arbeitslosen ablehnend gegenüber stellt. Unverständlich wird diese Ablehnung für jeden Sozialpolitiker bleiben. Wenn Halle wirklich 30 000 Mark für diesen Zweck zur Verfügung gestellt hätte, was will das bei einem Millionenetat besagen. An das Gespenst der Steuererhöhung will niemand glauben, besonders wenn man erfährt, daß mit Rücksicht auf die Deklarationen zum Wehrbeitrag unter der Einwirkung des Generalpardons reichlich 300 000 Mark mehr dem Steuersäckel der Stadt werden zugeführt werden können. Hoffentlich verschließen sich die städtischen Behörden dem Verlangen der liberalen Arbeiterschaft nicht und lassen das Beispiel der anderen Städte in dieser Beziehung auch auf sich wirken.

Haben erst die größeren Städte den Anfang hierzu gemacht, dann werden die kleineren Gemeinden diesem sozialen Zug gern folgen und dann wird auch der preußische Staat nicht umhin können, aus seinen angesammelten Ueberschüssen den Gemeinden hierzu einen Zuschuß zu gewähren, wie dies sein bayerischer Bruder bereits tut. Dann wird man auch für die Reichsarbeitslosenversicherung, die doch einmal als Krone der sozialpolitischen Fürsorge kommenn muß, greifbare Unterlagen erhalten.

Emil Schwilgin (Halle).

Neue Gesetze in Preußen.

Von Justizrat Lippmann-Stettin,
Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses.

II.

Noch ein anderes Gesetz, das Gesetz über Familienfideikommisse, ist zunächst dem Herrenhause zur Beratung überwiesen; man kann sagen, an sich mit Recht, da im Herrenhause sehr viel Sachverständige, nämlich Fideikommißbesitzer, sitzen. Aber — es gab einmal eine preußische Verfassung, in der es hieß: „Fideikommisse werden aufgehoben." Es gab auch einen preußischen Ministerpräsidenten, der die innere Kolonisation die wichtigste Aufgabe der Jetztzeit nannte. Die Verfassung, die die Fideikommisse aufhob, gibt es nicht mehr. Den Ministerpräsidenten aber, der die innere Kolonisation gewaltig fördern wollte, gibt es noch. Und der bringt zunächst ein Gesetz über Fideikommisse ein. Difficile est satiram non scribere.

Wenn man den Entwurf liest, so sieht man mit Erstaunen, daß ein Fideikommißbesitzer ein Mann ist, der — nach dem Entwurfe — jeder unwirtschaftlichen Handlung verdächtig ist. So werden denn alle seine Handlungen unter eingehende Kontrolle der Familie, insbesondere aber eines Familienpflegers gestellt. Und die Aufsicht ist streng und ins einzelne gehend, und — die Familie kann den Fideikommißfolger wegen ehrlosen und unsittlichen Lebenswandels des Rechtes entkleiden, das Fideikommiß zu besitzen, und dann tritt nicht nur er, sondern seine ganze Linie in der Nachfolgeordnung hinter die Linie desjenigen Anwärters zurück, der an seiner Stelle zum Fideikommißbesitz gelangt.

Die Nutzungen des Fideikommisses fallen auch zum erheblichen Teile nicht dem Fideikommißbesitzer zu, sondern werden zu einer Verbesserungsmasse und ferner zu einer Versorgungsmasse verwendet. Die erstere Masse soll zur Erhaltung und nachhaltigen Verbesserung des land- und forstwirtschaftlichen Besitzes dienen, aus der andern sollen Witwen, Kinder und Enkel früherer Fideikommißbesitzer versorgt werden.

Ueber die Verwaltung einer Forst z. B. ist ein besonderer Wirtschaftsplan aufzustellen, den bei Säumigkeit des Fideikommißbesitzers der Familienpfleger verfaßt. Ueberall fungieren auch sonst in der Beaufsichtigung der Wirtschaft der Familienpfleger, die Familie und über ihm die Aufsichtsbehörde, das zuständige Oberlandesgericht. Letzteres kann dem Fideikommißbesitzer auch die Verwaltung ganz entziehen und sie dem Fideikommißpfleger übertragen, wenn durch das Verhalten des Fideikommißbesitzers oder durch seine ungünstige Vermögenslage die Gefahr einer erheblichen Schädigung des Fideikommißvermögens begründet erscheint. — Alles zum höheren Glanze der Familie, der damit und mit der oben erwähnten Absetzungsmöglichkeit die volle Herrschaft über Fideikommiß und Fideikommißbesitzer gewährleistet wird.

Erscheint danach schon der Fideikommißbesitzer nicht gerade durch das Gesetz begünstigt, so ist es noch weniger der Gläubiger des Fideikommißbesitzers. Nur wenn die Familie dies genehmigt, haftet ihm der Stamm des Fideikommißvermögens. Wenn das nicht der Fall ist, haften ihm nur die Einkünfte des Fideikommißvermögens, aber auch diese im Gegensatz zum bisher geltenden Rechte nur beschränkt. Die oben erwähnten, aus den Einkünften gebildeten Verbesserungs- und Versorgungsmassen nämlich sind seinem Zugriff entzogen. Er kann seine Befriedigung nur durch Betreiben der Zwangsverwaltung erreichen. Die Zwangsverwaltung läßt aber die bisher erwachsenen Verbesserungs- und Versorgungsmassen unberührt. Nur bei der Verteilung der künftigen Früchte geht der Anspruch des Gläubigers den Ansprüchen dieser Massen vor.

Daß bei den hier in Betracht kommenden Familien die Bestimmungen des „bürgerlichen Rechts" durchbrochen werden und für die Fideikommißberechtigungen uneheliche Kinder nicht zur Familie ihrer Mutter für ehelich erklärte nicht zur Familie ihrer Eltern gehören, ist ja bei dem ganzen Geiste des Gesetzes nicht verwunderlich. Verwunderlich erscheint vielleicht das vom Gesetze neugebildete Wort „Fideikommißanmaßer". Das ist jemand, der zu Unrecht etwas vom Fideikommiß besitzt.

Und die innere Kolonisation? Ihr will man dadurch gerecht werden, daß man für die Zukunft die Maximalgröße des fideikommissarisch zu bindenden landwirtschaftlichen Besitzes auf 2500 Hektar festsetzt und daß man die Fideikommißbildung in Kreisen, wo bereits zehn vom Hundert der landwirtschaftlich genutzten Fläche gebunden sind, davon abhängig macht, daß sie „besonderen öffentlichen Zwecken" dient. Es soll ferner vor der Widmung der Einverleibung von bäuerlichen Grundstücken zu Fideikommissen der Bezirksausschuß gehört werden.

Diese Vorschriften sind aber doch nur dürftige Mäntelchen für die eminente Kolonisationsfeindlichkeit des ganzen Fideikommißwesens. Will man wahrhaft innere Kolonisation treiben, so ist die Rückkehr zu dem alten Grundsatze: „Fideikommisse werden aufgehoben" unerläßlich, nicht aber ein Fideikommißgesetz wie dieses. Und der Aufhebung der Fideikommisse sollte man ein Gesetz über die allmähliche Aufteilung der Domänen folgen lassen.

Deutsches Reich.

Die Bestrebungen auf Einführung des numerus clausus für den Anwaltsstand sind trotz des wiederholten ablehnenden Standpunktes des Deutschen Anwaltstages nicht aufgegeben worden. In Rheinland-Westfalen war schon vor geraumer Zeit eine Vereinigung zu diesem Zweck gebildet worden. Jetzt hat sich nach jenem Vorbild eine „Märkische Vereinigung zur Abwehr der Ueberfüllung des Anwaltstandes" gebildet.

Wie wir noch erfahren, sind der Märkischen Vereinigung bis jetzt 350 Anwälte beigetreten. Das Referat in der konstituierenden Versammlung, die am Freitag im Berliner Anwaltshause stattfand, hatte Justizrat Noest aus Solingen übernommen, der auch in der Rheinisch-Westfälischen Vereinigung lebhaft für die Bewegung kämpft. Justizrat Noest bezeichnete als Folge der Notlage des Anwaltsstandes die Angriffe, die auch von einem Teil der deutschen Richter gegen den Anwaltsstand erhoben würden. Ferner klagte er über das Anwachsen der Winkeladvokatur. Wenn man vom Anwalt verlange, daß er völlig unentgeltlich alle Armenprozesse, die das Gericht ihm zuweise, unterschiedslos bearbeite, ohne ihm auch nur die tatsächlichen Auslagen zu ersetzen, so sei es sicherlich gerecht und notwendig, daß die Gerichte rücksichtslos die Anwälte gegen das gefährliche Winkeladvokatentum schützen.

Die Wehrsteuer in Sachsen. Das Ergebnis der Wehrsteuer, die im Verein mit dem Generalpardon in manchen Teilen Deutschlands geradezu als finanzielle Wünschelrute gewirkt hat, wird in den maßgebenden Kreisen Sachsens nicht mit allzu großen Hoffnungen erwartet. Soweit sich bis jetzt übersehen lasse, hätten sich keine so überraschenden Abweichungen ergeben wie anderswo. Das sei leicht erklärlich, denn die Technik der Einkommen- und Vermögenschätzung sei in Sachsen in den letzten dreißig Jahren seit Bestehen des gegenwärtigen Steuersystems so vorzüglich ausgebildet worden, daß nicht mehr viel gemogelt werden konnte, wenngleich es natürlich noch eine ganze Anzahl Sünder gebe, die Jahre hindurch ihren Mammon zu verheimlichen verstanden haben. Vor allem werde für die Landessteuer nicht viel herausspringen.

Zum besseren Schutze für die Deutschen in Mexiko sind endlich als Verstärkung der bisher getroffenen Sicherheitsmaßnahmen auf Requisition des Gesandten v. Hintze 2 Maschinengewehre mit 1 Unteroffizier und 3 Mann vom Kreuzer „Dresden" in Zivil dorthin abgegangen. Der deutsche Kreuzer ist hierbei wiederum nur dem Vorgang anderer Nationen gefolgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140225018/fragment/page=0001

Parteinachrichten.

Nochmals Herr Hestermann. Der Abg. Hestermann setzt in der „Hessischen Landesztg." seine „Enthüllungen" über den Bauernbund fort, vielmehr er wiederholt sie gegenüber den Dementis, die der Bauernbund ihm entgegengestellt hat. Da die „Deutsche Tagesztg." auch die neuesten Veröffentlichungen in ausführlicher Breite abdruckt, wendet sich Abg. Wachhorst de Wente im „Deutschen Kurier" direkt gegen die Hestermannschen Behauptungen. Das zitierte Blatt fügt dieser Auslassung hinzu:

Es sei erstaunt, daß gerade die „Deutsche Tageszeitung" und andere Organe des Bundes der Landwirte den Aeußerungen des Herrn Hestermann irgendwelchen Wert beilegen. „Ist doch gerade von dieser Seite — und zwar offiziell durch Flugblätter — seinerzeit Herr Hestermann derartig als minderwertig hingestellt und seine Wahrheitsliebe als mangelhaft bezeichnet worden, daß man sich fragen muß: Wie kommt es, daß dieser Herr mit dem Moment, in dem er sich gegen den Deutschen Bauernbund wendet, als wertvoller und beweiskräftiger Zeuge eingeschätzt wird? Geschieht das lediglich deshalb, weil eben bei der Bekämpfung des Bauernbundes zu allen Hilfsmitteln gegriffen und mit verleumderischen Behauptungen gearbeitet wird, wie das ja durch Gerichtsurteile festgestellt worden ist?"

Herr Hestermann hatte behauptet, daß ihm Aufsichtsratsposten von Wachhorst de Wente und Dr. Böhme versprochen seien, als er infolge seiner Wahl als Reichstagsabgeordneter nicht mehr Parteibeamter des „Deutschen Bauernbundes" sein konnte. Die beiden Bauernbundführer bestreiten energisch, ihm je solche oder ähnliche Versprechungen gemacht zu haben und erklären, daß Hestermann gegen den Bauernbund und die Nationalliberale Partei seit der Zeit Angriffe richte, seit seine fortdauernden Geldforderungen an diese Organisationen abgelehnt sind. Charakteristisch ist's, daß die beiden Bauernbundführer Hestermann das Zeugnis ausstellen, daß er nur für die Agitation zu brauchen gewesen sei; charakteristisch ist ferner, daß sie auch eine andere Behauptung als unwahr zurückweisen müssen, die Hestermann aufstellt, die Behauptung, daß Wachhorst de Wente Hestermann aus Opportunitätsrücksichten zu einer Zurückstellung seiner antisemitischen Neigungen geraten habe.

Aus dem ganzen Verhalten und der Darstellung Hestermanns selbst — der auf Aufsichtsratsposten (Sinekuren) erpicht ist, der angeblich seinen Antisemitismus versteckt — geht hervor, daß Herr Hestermann eine sehr wenig sympathische Persönlichkeit ist, so daß die Nationalliberalen froh sein können, daß sie ihn los sind.

Hof- und Personalnachrichten.

Der neue deutsche Gesandte in Guatemala. Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hört, ist für den durch die Versetzung des Gesandten v. Buch nach Luxemburg freigewordenen Posten in Guatemala Wirklicher Geheimer Legationsrat R. Lehmann in Aussicht genommen.

Mb. Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

86. Sitzung vom 24. Februar.

Am Ministertisch: von Breitenbach.

Präsident Graf von Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Der Etat der Bauverwaltung.

Erster Tag.

Bei den Einnahmen berichtet der Berichterstatter

Abg. Brütt (Freikonf.)

über die Verhandlungen der Kommission und teilt über die Rentabilität der Wasserstraßen im Etatsjahr 1912 folgende Zusammenstellung mit: Gesamtlänge der wichtigeren künstlichen Wasserstraßen und kanalisierten Flüsse: 2744,539 Kilometer, Gesamtanlagekapital: 372 284 620 Mark, Gesamteinnahmen: 6 914 551 Mark, gesamte Betriebs- und Unterhaltungskosten: 6 695 572 Mark, mithin Ueberschuß 218 979 Mark. d. h. 0,06 Prozent Verzinsung des Anlagekapitals. 1351 Kilometer Wasserstraßen mit einem Anlagekapital von 167 282 873 Mark decken, und 1393 Kilometer Wasserstraßen mit einem Anlagekapital von 205 001 757 Mark decken die Betriebs- und Unterhaltungskosten noch nicht. Zur vollen Verzinsung des Anlagekapitals (d. h. von 3½ Prozent) der bis 1. April 1908 aufgewendeten Kapitalien und von 4 Prozent von den später aufgewendeten Beträgen) fehlen noch jährlich 13 289 473 Mark.

Abg. Dr. Schmedding (Zentr.)

wünscht Auskunft über die Institution der Wasserbauräte und über die Wasserstraßentarife.

Abg. Hirsch-Essen (Natl.):

Die Kompetenz der Wasserbauräte muß erweitert werden. Neben einer großzügigen Eisenbahnpolitik ist auch eine großzügige Wasserstraßenpolitik zu wünschen.

Minister der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach:

Die Wasserstraßentarife, die die Regierung ausgearbeitet hat, beruhen durchaus auf den Voraussetzungen, die bei der Verabschiedung des Wasserstraßengesetzes zugrunde gelegt worden sind. Die Regierung wollte auch gar keinen anderen Weg gehen, sondern an diesen Grundlagen festhalten. Auf Grund der vorjährigen Anregungen und entsprechend dem Beschlusse des Herrenhauses hat sich die Regierung bereit erklärt, nochmals in eine Prüfung der Frage einzutreten, und es haben auch schon eingehende Verhandlungen stattgefunden. Eine endgültige Entscheidung ist jedoch noch nicht erfolgt. Aber das möchte ich jetzt schon aussprechen, daß eine Reihe von großen Schwierigkeiten hervortreten.

Schon in der Beiwertung des Kahnraumes bestehen erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Auch über die Höhe einzelner Kostenbeträge läßt sich nichts Sicheres sagen. Hinzu kommt, daß die Regierung nicht Transportführer ist, sondern Transportführer ist der Schiffer. Jedenfalls steht keineswegs fest, daß unsere früheren Ansätze schlecht sind. Eher möchte ich behaupten, daß die neuen Ansätze, die uns von den Interessenten vorgeschlagen worden sind, im Widerspruch zu dem stehen, was vor einigen Jahren als wünschenswert festgestellt wurde. Bezüglich eines Kanalabgabentarifes und des Schleppmonopoles ist ja eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht worden. Aber es ist unmöglich, in so kurzer Zeit ein abschließendes Urteil über einen neuen Tarif zu geben. Es ist die Meinung der Regierung, zunächst unter allen Umständen die wirtschaftliche Wirkung des ganzen Wasserstraßensystemes, das wir geschaffen haben, abzuwarten. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Woyna (Freikonf.):

Wir sind durchaus keine Gegner der Wasserstraßen, wir erhoffen sogar große Vorteile von ihnen. Wir stehen jedoch auf dem Boden des Kompromisses von 1905 und sind nicht für einen Weiterbau des Mittellandkanals bis Magdeburg, ehe nicht die Verhältnisse sich geändert haben, und ehe nicht der bestehende Teil des Kanals im vollen Umfange benutzt ist.

Abg. Lippmann-Stettin (Vp.):

Die Rentabilität der Wasserstraßen ist abhängig von den Tarifen. Ich glaube nicht, daß die Regierung bei Festsetzung der Tarife zweckmäßig vorgegangen ist. Das große Wasserstraßengesetz ist 1905 verabschiedet, seitdem sind fast zehn Jahre vergangen. Deshalb dürfen nicht die damaligen Verhältnisse den Tarifen zugrunde gelegt werden, sondern die Tarife müssen sich nach den jetzigen Verhältnissen richten. Denn unsere ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich seit 1905 erheblich geändert. Die Tarife dürfen vor allem nicht zu hoch sein, des haben auch die Wasserbeiräte gefordert. Die Regierung muß daher sehr vorsichtig bei Festsetzung der Tarife sein, denn zu hohe Tarife werden den Verkehr nicht fördern, sondern schädigen. Leider hat die Regierung bisher den Forderungen der Interessenten hinsichtlich der Tarife noch in keinem Punkte nachgegeben. Dagegen spreche ich der Regierung meinen Dank aus, daß sie der Aufforderung dieses Hauses entsprochen und die Gebühren zwischen Stettin und Swinemünde herabgesetzt hat. Aber im politischen Leben soll man nie bescheiden sein. (Große Heiterkeit.) Es bleibt noch viel zu wünschen übrig. Vor allem muß der Mittellandkanal ganz fertig gestellt, das Mittelstück von Hannover bis zur Elbe ausgebaut werden. Die wirtschaftliche Entwicklung muß für die Regierung maßgebend sein, nicht das Kompromiß von 1905. Und diese wirtschaftliche Entwicklung erfordert unbedingt die Vollendung des Mittellandkanals. Auch das Kanalnetz im Osten muß ausgebaut werden. Es besteht bereits ein Projekt, das die Weichsel mit der Oder und der Elbe und, so Gott und dies hohe Haus will, auch mit der Weser und dem Rhein verbinden will. Nur 81 Millionen soll dieses große Werk kosten. Ich bitte den Minister, dieses Projekt eingehend und wohlwollend zu prüfen.

Auch die Frage der Weichselregulierung bedarf der Erledigung. Heute sind die Verhältnisse auf der Weichsel durch Versandung und Geröll ungemein schwierig; die Tiefe geht herunter bis zu 0,30 Meter. Dies macht natürlich eine Schiffahrt unmöglich. Die Regulierung der Weichsel würde 15 Millionen kosten. Die Mosel-Saar-Regulierung ist auch noch nicht erfolgt. Die Interessenten haben die Budget-Kommission eingeladen, sich die Verhältnisse selbst anzusehen. Ich glaube, es wäre sehr gut, wenn dies geschähe, es könnte für die Interessen des Landes nur nützlich sein. Ich bitte den Minister, uns auf der Speisekarte des Bau-Etats im nächsten Jahre noch einige weitere Kanäle zu präsentieren. Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen. (Lebhafter Beifall.)

Minister der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach:

Der Vorredner hält es nicht für richtig, für den Befahrungstarif auf den neuen Kanälen, den wir einführen wollen, die Voraussetzungen und Berechnungen zugrundezulegen, die bei Verabschiedung des Wassergesetzes von 1905 vorgelegen haben, weil eine Verschiebung der wirtschaftlichen Verhältnisse eingetreten sei, die eine Aenderung der Tarife notwendig mache. Den Beweis dafür ist er schuldig geblieben. Für die Bemessung der Befahrungsgebühren der Kanäle ist die Höhe unserer Eisenbahntarife entscheidend. Es haben eine Reihe von Eisenbahntarifermäßigungen, auf die im Lande großer Wert gelegt wurde, stattgefunden, aber an dem Tarif im allgemeinen ist nicht gerüttelt worden. Etwas anderes wäre es, wenn behauptet würde, daß die Schiffahrtskosten auf den Tonnenkilometer höher geworden seien oder daß die Wasserfrachten eine starke Tarifanziehung bekunden. Beides trifft nicht zu. Nach unseren Feststellungen haben die Wassertarife vielmehr eine sinkende Tendenz. Die Stellungnahme der Regierung gegenüber der Bemessung der Tarife ist also eine zutreffende. Nach Ablauf eines angemessenen Zeitraumes wird die Regierung dennoch in eine Nachprüfung der Tarife eintreten.

Es ist richtig, daß sich der Wasserstraßenbeirat Berlin-Stettin für eine Ermäßigung der Gebühren auf dem Großschiffahrtswege Berlin-Stettin ausgesprochen hat, aber der Gesamtwasserstraßenbeirat, der doch an erster Stelle maßgebend ist, hat sich auf den Standpunkt der Regierung gestellt. Es ist mit Dank anerkannt worden, daß die Regierung die Schiffahrtsabgaben von Stettin nach Swinemünde ermäßigt hat. Hätte man diese Frage mit der der Befahrungstarife für den Großschiffahrtsweg zusammengeworfen, dann hätte der Dank in beiden Fragen abgestattet werden können, den tatsächlich wird dadurch eine Ermäßigung der Abgaben für die Fahrt von Berlin nach der Ostsee geschaffen. Ein ganz besonderer Vorzug des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin gegenüber dem konkurrierenden Schiffahrtswege Berlin-Hamburg ist hier völlig außer acht gelassen worden, nämlich daß die Wasserstandsverhältnisse auf dem Großschiffahrtswege so beständig sind, daß der Verkehr fast das ganze Jahr hindurch stattfinden kann, während der Schiffahrtsweg Berlin-Hamburg zeitweise völlig mattgesetzt ist.

Die Verbindung der masurischen Seen mit der Weichsel ist ein hochbedeutsames Projekt. Selbst unter den Befürwortern besteht allerdings ein Zweifel darüber, ob der Kanal bei Graudenz oder bei Thorn enden soll. Der Wasserweg würde 466 Kilometer lang sein, wovon nicht weniger als 370 Kilometer außerhalb der Seen liegen. Ob man mit dem herausgerechneten Kostenbetrag von etwas über 90 Millionen Mark auskommen kann, muß erst noch nachgeprüft werden. Die Erbauung des Kanals würde für die von ihm berührten Provinzen zweifellos von Vorteil sein. Fraglich ist es allerdings, ob die außerordentlich hohen Kosten in einem Verhältnis zu dem wirtschaftlichen Werte stehen. Die Untersuchungen werden nach den verschiedensten Richtungen hin erstreckt und werden sehr vollständig sein und namentlich feststellen, welchen Einfluß ein Kanal auf den jetzt im Bau befindlichen masurischen Kanal nach Königsberg hat. Weil die Frage immer wiederkehrte und von großer Bedeutung ist, hat die Regierung es für richtig gehalten, eine Prüfung einreten zu lassen. Von großer Bedeutung ist auch die Frage der Weichselregulierung. Aber die Schiffahrtsverhältnisse auf der Weichsel werden solange unbefriedigend bleiben, solange nicht Rußland bereit ist, die Verhältnisse auf der russischen Weichsel zu regeln. Auf die Frage der Mosel- und Saarregulierung werde ich eingehen, wenn die Freunde des Projekts sich dazu geäußert haben. (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Malzahn (Konf.):

Bei der Anlage von Elektrizitätszentralen durch Kommunen und Kommunalverbände darf die Regierung keine Schwierigkeiten machen. Die Regierung muß auch für Starkstromleitungen zwischen den großen Zentralen sorgen, damit bei Betriebsstörungen keine Schwierigkeiten entstehen. Es muß dafür gesorgt werden, daß der Elektrizitätstrust nicht alles in seine Hand bekommt. Das ist zum Beispiel in Pommern sehr geschickt mit Hilfe des Staates geschehen. Es muß weiter Vorkehrung getroffen werden, daß die kleinen Installationsgeschäfte nicht geschädigt werden; das ist eine wichtige Mittelstandsforderung. (Zustimmung.) Bei der Debatte hat es sich vor allem um die Tarifierung auf den bereits bestehenden Kanälen und um den Bau neuer Kanäle gehandelt. Angesichts des finanziellen Ergebnisses unserer Wasserstraßen begreife ich nicht, wie man eine Herabsetzung der Tarife und den Bau neuer Kanäle verlangen kann. Die Kanäle müssen ausschließlich nach ihrem wirtschaftlichen Wert beurteilt werden. Der Zeitpunkt für die Mosel-Saarkanalisierung ist noch nicht gekommen. Wir müssen erst die Ergebnisse der vom Minister vorgesehenen Ermäßigungen der Eisenbahntarife abwarten, die Einnahmen der Eisenbahnen würden durch die Kanalisierung etwa um 30 Millionen sinken. Solange nicht die Schiffahrtsabgaben eingeführt sind, werden wir einen Ausbau bestehender Wasserstraßen über das Maß, zu der wir vertraglich verpflichtet sind, nicht befürworten. Wir wollen so ein Pressionsmittel für die Bewilligung der Schiffahrtsabgaben haben. Die Schiffahrtsabgaben sollen keine Finanzquelle sein, sondern wir wollen sie nur zur Verbesserung unserer Wasserstraßen verwenden.

Von diesem Grundsatze sind wir aus Anlaß der Mainkanalisierung aus Bundesfreundlichkeit gegen Bayern, das uns in der Frage der Schiffahrtsabgaben unterstützt hatte, abgewichen. Wir werden zu dem weiteren Ausbau des Rheins keine Mittel bereitstellen, und können so auch auf Holland einen Druck ausüben. Die arg bedrängten Rheinmündungen, die durchaus nicht in dem vertragsmäßigen Zustande sind, in den Stand zu setzen. Keinen Pfennig bewilligen wir für die Rheinregulierung, so lange nicht die Schiffahrtsabgaben auf dem Rhein freigegeben sind. Bevor eine Vorlage über den Bau neuer Kanäle uns zugegangen ist, halten wir eine Reise der Budgetkommission in solche Gegenden für sehr bedenklich und werden dadurch nur zu leicht trügerische Hoffnungen erweckt. Unsere Stellung ist nicht etwa durch Feindseligkeit gegen die Industrie bedingt: im Gegenteil. Wir freuen uns der Entwicklung unserer Industrie und wollen sie nach Möglichkeit fördern.

Abg. Schreiner (Zentr.):

Zum sechsten Male trete ich hier heute für die Mosel- und Saar-Kanalisierung ein. Ihre Rentabilität steht außer Frage, das ist schon von der Regierung anerkannt worden. Da ist die Haltung der Regierung geradezu eine Nichtachtung der lokalen Interessen des Mosel- und Saarreviers.

Abg. Dr. Rüchling (Natl.):

Wenn die Regierung zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß die Tarife nicht auf zutreffender Grundlage aufgebaut sind, müßte die Nachprüfung sofort vorgenommen werden. Der konservative Redner hat bergebens viel gesprochen, um zu verfagen, der andere hört von allem nur das Nein. Wo sich die Fäuste gute Nacht sagen, will kein Mensch Kanäle haben. Aber ist das zwischen Hannover und Magdeburg aber an Mosel und Saar der Fall? Dort wird sich ein Wasserverkehr entwickeln, dort wird nicht blos mal ein altes Weib einen herbeiedenen Kahn am Seile ziehen.

Mit den Schiffahrtsabgaben darf man keine Pressionspolitik gegen einen Bundesstaat ausüben. Die Wasserstraßen müssen in beschleunigterem Tempo ausgebaut werden. Das Kanalkompromiß hatte Vorzüge und Schwächen eines Kompromisses. Wo baut ein Staat zwei Eisenbahnnetze, ohne sie miteinander zu verbinden? Warum aber will man das Mittelstück von Hannover nach Magdeburg nicht bauen? Die Schwierigkeiten müssen überwunden werden. Die Prüfung des Ostkanalprojekts muß schnell und energischer durchgeführt werden als die Prüfung der Mosel- und Saar-Regulierung. Die Wirkung der Tarifermäßigungen für die Eisenindustrie bleibt abzuwarten. Die Landesverteidigung widersetzt sich zurzeit der Durchführung der Mosel- und Saar-Regulierung. Wie kann man überhaupt den Bau der militärisch erforderlichen Bahnen mit diesem Projekt im Zusammenhang bringen? Erst wenn die Industrie die Kourage verliert, die Kanalisierung vorzunehmen, könnte man den Plan fallen lassen.

Die Gefahr besteht, daß die deutschen Eisenbahnen dort die Kohlenfrachten infolge dessen verlieren werden, wenn der Mosel-Saar-Kanal nicht gebaut wird. Die Anhänglichkeit Elsaß-Lothringens an das Deutsche Reich wird dadurch nicht gestärkt, wenn sie um ihre wirtschaftlichen Interessen bangen müssen. Dies liegt auch nicht im Interesse des gesamten Deutschlands. Einen wirklich durchschlagenden Grund, die Saar und Mosel nicht zu kanalisieren, hat man uns nicht gebracht. Seit zehn Jahren kämpfen wir um dies Projekt. Und Sie, Herr Minister, werden erst Ruhe haben, wenn Sie entweder den Mosel-Saar-Kanal bauen, oder uns in einer ausführlichen Denkschrift den Nachweis erbringen, daß der Mosel-Saar-Kanal aus wirtschaftlichen Gründen nicht gebaut werden darf. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Minister der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach:

Die Regierung hat richtig gehandelt, wenn sie das Reichsgesetz über die Schiffahrtsabgaben, das auf preußische Initiative zustande gekommen ist und sich auf dem wasserwirtschaftlichen Gesetz vom Jahre 1905, das ein Kompromiß der Parteien war, aufbaute, zur Durchführung brachte. Die Frage der Mosel- und Saarkanalisierung habe auch ich selbst noch vor wenigen Jahren als vom technischen und finanziellen Standpunkte aus schlüssig gehalten. Aber die Verhältnisse haben sich völlig verändert. Bei einer Nachprüfung des damaligen Kostenanschlages würde sich jetzt herausstellen, daß die Kosten erheblich größer wären als veranschlagt. Vor allem aber wird die Regierung in dem Augenblick, wo der Rhein-Herne-Kanal endgültig dem Betrieb übergeben wird, ihre umfassende Tarifermäßigung durchführen, die ich im vorigen Jahre angekündigt habe und deren Verwirklichung heute nichts mehr im Wege steht. Die Bedeutung dieser Tarifermäßigung ist einschneidend. Es würden sich dann große Einnahmeausfälle ergeben, wenn man neben der Tarifermäßigung die Mosel- und Saarkanalisierung durchführte. Und außerdem würden die beiden Ströme sich doch nicht rentieren. Diese starken Verschiebungen, die eintreten werden, sind nicht genügend gewürdigt worden. Man hat mir neulich vorgeworfen, ich besorgte nur die Geschäfte der Industriebarone des rheinisch-westfälischen Industriereviers. Die rheinisch-westfälische Industrie liegt mir gewiß am Herzen, aber mindestens ebenso sehr die Interessen der dort angesiedelten großen Arbeiterscharen und die Interessen der großen Kommunen, die sich auf den dortigen wirtschaftlichen Verhältnissen aufbauen. Auch der Chef des Generalstabs hat auf die Bitte, die Mosel- und Saarkanalisation zu unterstützen, ablehnend geantwortet und erklärt, so lange unser Eisenbahnsystem nicht allen Bedürfnissen für Kriegszwecke entspräche, müßten erst die Eisenbahnen ausgebaut werden. Wir sind jetzt am Begriff, eine neue zweigleisige Bahn nach dem Westen zu bauen und werden dadurch den Bedürfnissen der Industrie des Saar- und Moselgebietes voll Rechnung tragen können. Ueber den Ausbau des französischen Kanalsystems sind wir vollkommen orientiert. Ich glaube nicht, daß man daraus Schlüsse auf die Notwendigkeit der Saar- und Moselkanalisierung ziehen kann. Für die Regierung ist das Interesse des gesamten preußischen Staates maßgebend. Den Interessen des Rheinlandes dienen wir durch die geplante Tarifermäßigung in eminentem Maße. Es ist auch nichts Neues, daß die Sonderinteressen hinter den allgemeinen Interessen zurückstehen müssen. Anfang der 90er Jahre hatten wir einen Getreidestaffeltarif zugunsten unserer östlichen Provinzen eingeführt. Wir mußten ihn aber wieder beseitigen, weil sich der Westen und Südwesten Deutschlands bitter hierüber beklagte, obgleich unser Osten an seiner Aufrechterhaltung das stärkste Interesse hatte. Die einseitigen Interessen eines Wirtschaftsgebietes können für uns nicht maßgebend sein.

Abg. Dr. Glattfelder (Zentr.)

bedauert die ablehnende Haltung des Ministers und tritt für den Bau des Mosel—Saar-Kanals ein.

Abg. Dr. Herwig (Natl.):

Der Minister hat an uns den Appell gerichtet, endlich einmal die Mosel- und Saarkanalisation ruhen zu lassen. Die Gründe, die er gegen den Plan angeführt hat, sind aber nicht so schlüssig, daß man ihnen unbedingt sich fügen müsse. Ich kann diesen Appell nicht verstehen. Die heutige Entscheidung des Ministers ist viel schärfer ausgefallen als der Erlaß an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz. Der Grundsatz, daß das Saarrevier nicht zu seinem Rechte kommen soll, weil vielleicht das Ruhrrevier einen kleinen Schaden davon hat, kann man doch unter keinen Umständen aufrechterhalten, ganz abgesehen davon, daß wir bestreiten, daß eine solche Schädigung eintritt. Auch den fiskalischen Gesichtspunkt kann ich nicht gelten lassen, daß die Flüsse deshalb nicht kanalisiert werden dürfen, weil die Eisenbahneinnahmen leiden würden. Das einzig Ausschlaggebende ist, ob der betreffende Landesteil es verdient, daß endlich etwas für ihn geschieht. Hundert Jahre gehört das Moselgebiet zu Preußen, und immer noch liegt die Mosel für den Verkehr brach. Hier muß endlich Wandel geschaffen werden!

Abg. Frhr. v. Steinaecker (Zentr.)

fordert gleichfalls die Kanalisierung der Saar und Mosel. Der mangelnde Anschluß Luxemburgs an Deutschland trägt dazu bei, daß Luxemburg immer mehr französiert wird. Hoffentlich bewahrheitet sich auch hier das Sprichwort, daß stets Tropfen den Stein höhlt. Ich hoffe, es noch zu erleben, daß der Mosel-Saar-Kanal erbaut wird, und daß ich dann zusammen mit dem Minister den Tag der Eröffnung des Kanals in Trier feiern werde. Ich hoffe ferner, daß dieser Tag nicht zu trocken verlaufen wird. (Große Heiterkeit.)

Hierauf vertagt das Haus die weitere Beratung auf Donnerstag 10 Uhr.

Schluß 8¼ Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140225018/fragment/page=0002

Ausland.

Die südafrikanischen Verbannten in London.

Am Dienstag sind auf dem Dampfer „Umgeni" die neun aus Südafrika verbannten Arbeiterführer in Gravesend in der Themsemündung angekommen. Ein besonders gebildeter Ausschuß der Arbeiterpartei hatte einen Schleppdampfer gemietet, um sie feierlich zu empfangen. Doch weigerten sich die Deportierten, von Bord zu gehen. Sie haben eine umfangreiche Erklärung erlassen, in der sie einen Aufruf an das britische Volk richten, daß jeder Brite in Südafrika das Recht auf einen Prozeß vor den südafrikanischen Gerichten haben sollte. Sie erheben in der Erklärung ferner Protest dagegen, daß die südafrikanische Regierung sich gerichtliche Befugnisse anmaße, und daß Südafrika bewaffnete Burenaufgebote verwende, um britische Arbeiter zu terrorisieren.

Die Petersburger Reise des Fürsten von Albanien.

Der Besuch des Fürsten von Albanien, der am 28. Febr. in Petersburg eintrifft, kommt nicht nur der russischen Presse, sondern auch den offiziellen Kreisen überraschend, da der russische Botschafter in Berlin erst vor kurzer Zeit nach Petersburg meldete, daß der Fürst nicht dorthin, sondern direkt nach Durazzo reisen werde. Die Abänderung des ursprünglichen Reiseplanes soll auf einen Wunsch Oesterreichs zurückzuführen sein, das diesen Besuch der Bankfrage wegen für notwendig hielt. Die russische Presse nimmt dem Fürsten seinen, wie sie sagt, verspäteten Besuch sehr übel und wirft ihm politische Taktlosigkeit vor. Die offiziellen Kreise stehen diesem Ereignis wohlwollender gegenüber, da man in Petersburg große Erwartungen an das Eintreffen des Fürsten von Albanien knüpft. Der deutsche Botschafter veranstaltet ein Galadiner für den Prinzen.

Weitere nordamerikanische Truppen für Mexiko.

Paris, 24. Februar.

Dem hiesigen „New York Herald" wird aus Veracruz gemeldet, daß die daselbst befindliche amerikanische Abteilung Marineinfanterie neue Verstärkungen erhalten solle. Es sei offenkundig, daß die amerikanische Regierung keine Mitwirkung seitens der englischen, deutschen und spanischen Truppen zulassen wolle, falls ein Expeditionskorps nach der Stadt entsandt werden sollte.

Die Untersuchung der Benton-Affäre.

Washington, 24. Februar.

Die britische Botschaft gibt bekannt, daß der britische Konsul in Galveston beauftragt worden sei, sich nach El Paso zu begeben, um die dort betriebene Untersuchung über die Erschießung Bentons zu übernehmen.

Der Ausstand der französischen Bergleute hat am Montag früh begonnen. Er ist vollständig im Kohlenbezirk von Aubin, fast vollständig in Cransac, dagegen arbeiten im Departement Nord zwei Drittel der Bergleute.

General Sawows Ende? Wie den „Times" aus Paris gemeldet wird, ist das Erscheinen des Generals Sawow vor dem höchsten bulgarischen Gerichtshof nicht möglich, weil der General an Zuckerkrankheit darniederliegt, so daß man an seinem Aufkommen zweifelt.

Französische Offiziere für die türkische Gendarmerie. Ein Major, zwei Hauptleute und zwei Oberleutnants wurden in Frankreich zur Verstärkung der türkischen Gendarmerie engagiert. Es dürften bisher einige sechzig französische Offiziere in der türkischen Gendarmerie Aufnahme gefunden haben.

Rußlands neue Regierung. Der frühere Ministerpräsident Graf Witte steht nach dem Rücktritt Kokowzows wieder im Vordergrunde des allgemeinen Interesses, und seine noch immer große Anhängerzahl wünscht ihn wieder auf seinen alten Posten zurückkehren zu sehen. Bei den mannigfachen Gerüchten, die über die neue russische Regierung im Umlaufe sind, dürfte es von ganz besonderem Interesse sein, wie Graf Witte selbst sich dazu äußert. Er setzte dem Korrespondenten der „N. Z." seine Meinung auseinander. Auf die Frage, ob die Gerüchte über weitere Ministerkrisen auf Tatsachen beruhten, erklärte er, daß alle derartigen Behauptungen vollkommen unrichtig seien; insbesondere sei an einen bevorstehenden Rücktritt Sajonows gar nicht zu denken. Ganz im Gegenteil sei das Kabinett fest geschlossen. Seiner Ueberzeugung nach werde sich die neue Regierung entschieden konservativer zeigen als das bisherige schwankende Regime. Im übrigen glaube er, daß für Rußlands nächste Zukunft außer der Erntefrage die Erneuerung des deutsch-russischen Handelsvertrages von fundamentaler Bedeutung sei.

Danew wiederum ausgepfiffen. Wie aus Widlin gemeldet wird, wollte Danew dort eine Wahlrede halten. Eine ungefähr zweitausendköpfige Menge demonstrierte jedoch durch Pfeifen und durch Rufe: „Nieder mit dem Verräter!" gegen ihn und zwang ihn zum Verlassen des Saales. Die Polizei mußte einschreiten, um Danew vor Tätlichkeiten der Volksmenge zu schützen.

Die Kosten der russischen Probemobilmachung. Der Duma ist die Kreditvolage des Finanzministers zugegangen auf Nachbewilligung von 105 Millionen Rubel zur Kostendeckung für die am 15. März beginnende allgemeine russische Probemobilmachung. Nach der „Wremja" ist auch für die Schwarze-Meer-Flotte der Befehl zur Einberufung der beurlaubten Mannschaften für 18. März ergangen.

Daß in der Antwort Griechenlands auf die Note der Mächte die Frage der Garantien für den dauernden und ruhigen Besitz der Griechenland zugesprochenen Inseln aufgeworfen wird, diese Tatsache wird in Berliner diplomatischen Kreisen als ein Versuch Venizelos' angesehen, diese Frage mit Hilfe der Dreiverbandsmächte in einer Griechenland günstigen Weise zu lösen. Darüber, daß die Dreibundmächte sich auf die Uebernahme einer derartigen Garantie nicht einlassen werden, kann ein Zweifel nicht bestehen. Auf jeden Fall bedeutet diese Stellungnahme der griechischen Regierung eine bedeutsame bedenkliche Verzögerung der endgültigen Lösung der Inselfrage, die möglicherweise nicht ohne Rückwirkung auf die Stellung der Mächte zueinander bleiben wird.

Die englischen Flottenübungen. Nach den liberalen Blättern Londons hat die Admiralität den Befehl an die Heimatflotten gegeben, bis auf weiteres die Uebungen der Kriegsschiffe auf englische Gewässer zu beschränken mit tunlichster Konzentrierung auf die Heimathäfen.

Ein mexikanischer Militärzug in die Luft gesprengt. Am Sonnabend wurde ein Militärzug, auf dem sich eine nach Jalapa bestimmte Kompagnie Infanterie befand, von den Rebellen in der Nähe der Station Lima in Mexiko der interozeanischen Eisenbahnlinie in die Luft gesprengt. Die Explosion war fürchterlich. Der ganze Zug wurde auseinandergerissen. 55 Offiziere und Soldaten und ein englischer Lokomotivführer wurden getötet. Ein nachfolgender Personenzug, auf den die Rebellen feuerten, konnte schleunigst zurückfahren.

Halle und Umgebung.

Halle, 25. Februar.

Die Reifeprüfung an der städt. Oberrealschule bestanden folgende Oberprimaner: Bohne, Behrens, Bringmann, Fischer, Grabner, Hellberg, Kaleve, Krause, Lampe, Meyer, Prater, Schibor, Schotten, Theuring, Vogel, Witte, Wolle, Zirkenbach.

Nach einer Veröffentlichung der englischen Postverwaltung hat der Dampfer „Carmania" der Cunard-Linie bei der Fahrt am 14. Februar ab Liverpool nach Newyork wegen schlechten Wetters Queenstown nicht angelaufen. Infolgedessen ist die zur Einschiffung in Queenstown bestimmte Briefpost bei dieser Fahrt zurückgeblieben und hierauf wie folgt weiterbefördert worden: für die östlichen Küstengebiete Canadas mit dem Dampfer „Virginia" am 18. Febr. von Liverpool nach Halifax; für die übrigen Teile Canadas sowie für die Vereinigten Staaten von Amerika und Durchgang mit dem Dampfer „Olympic" am 18. Febr. von Southampton nach Newyork. Deutscherseits sind vermutlich im wesentlichen solche Briefsendungen betroffen worden, die am 13. Februar nach dem Postschlusse zum Zuge 6,13 Uhr nachm. ab Cöln nach Verviers-Ostende bis zum Postschlusse für den Zug 3,43 Uhr nachm. ab Hannover nach Bortel-Blissingen aufgekommen waren. Bei dieser Gelegenheit wird darauf hingewiesen, daß vom 28. Februar ab die Dampfer der Cunard-Linie stets direkt — ohne Queenstown anzulaufen — von Liverpool (Abgang Sonnabends) nach Newyork fahren werden. Der bisherige Postanschluß an diese Dampfer vom Zuge Freitags 3,43 Uhr nachm. ab Hannover (über Blissingen) fällt deshalb weg. Der letzte Postanschluß aus Deutschland wird alsdann über Ostende (ab Cöln Freitags 6,13 Uhr nachm.) stattfinden.

Postverkehr in Deutsch-Ostafrika. Von der Ende Februar zu erwartenden Vollendung der Tanganjikabahn in Deutsch-Ostafrika ab wird eine Postanstalt in Kigoma, dem Endpunkte der Bahn am See, in Betrieb treten. Diese Postanstalt, sowie diejenigen in Ujumbura und Bismarckburg, vom 1. April auch diejenige in Udjidji, nehmen alsdann am Paketverkehr mit Deutschland teil, so daß die Pakete dahin künftig mit der Post bis zum Bestimmungsort befördert werden, während bisher der Empfänger für die Weiterbeförderung von der Küste nach dem Innern zu sorgen hatte. Ebenso können dann bei diesen Postanstalten Pakete nach Deutschland aufgeliefert werden. Vom 1. April ab ist es möglich, die Pakete nach diesen 4 Postanstalten am Tanganjika-See bei der Auflieferung bis zum Bestimmungsort zu frankieren, bis zum 1. April werden die Kosten für die Beförderung von der Küste ab noch vom Empfänger erhoben.

Rosenmontagsfest. Zu unserem gestrigen Bericht über das Rosenmontagsfest wird uns noch folgendes geschrieben: Zu den Firmen, die in verdienstvoller Weise zu dem Zustandekommen des gestrigen wohlgelungenen Festes beigetragen haben, gehört besonders auch die Firma Ballin jun. (obere Leipzigerstr. 63). Sie stellte sich für die Aufnahmen zur Verfügung, die an vier vorausgehenden Tagen in einem Privathause gemacht wurden und ganz ausgezeichnet ausfielen. Die Gebrüder Ballin sind die Schüler des Herrn Dr. Thiem, Dozenten für Farbenphotographie an der hiesigen Universität. Die Firma betreibt die Farbenphotographie als Spezialität.

Kaiserliche Marine. Eingetroffen: „Vineta" am 20. Febr. in Vigo. „Leipzig" am 21. Februar in Amoy. Flußkanonenboot „Tsingtau" am 21. Februar in Macao. Torpedoboot „Sleipner" am 21. Februar in Ymuiden. „Iltis" am 22. Febr. in Hankau. Dampfer „Patricia" mit der Ablösung für das Kiautschougebiet am 23. Februar in Tsingtau. In See gegangen: Torpedoboot „Sleipner" am 20. Februar von Kiel. Yacht „Hohenzollern" am 22. Februar von Kiel.

Provinzial-Nachrichten.

Gegen die Provinzial-Lebensversicherungsanstalt Sachsen.

Wie in der Sitzung der Handelskammer Magdeburg mitgeteilt wurde, haben sämtliche sechs Handelskammern der Provinz Sachsen zu Erfurt, Halberstadt, Halle, Magdeburg, Mühlhausen und Nordhausen in einer eingehend begründeten Eingabe die Abgeordneten des Provinziallandtages gebeten, die Gründung einer Provinzial-Lebensversicherungsanstalt Sachsen abzulehnen.

√ **Merseburg**, 24. Febr. (Neues Kreishaus.) In einer Kommissionssitzung am vergangenen Sonnabend wurde beschlossen, ein neues Kreishaus zu errichten mit Einschluß des jetzigen Kreishauses und des Rügowschen Hauses in der Ritterstraße, die beide abgerissen werden sollen. Die Kosten des Neubaues sind auf 400 000 Mark veranschlagt, wozu 170 000 Mark verfügbare Mittel mit verwendet werden sollen. Auch ist eine Verbreiterung der Ritterstraße vorgesehen. Die Bureauräume des Landratsamtes werden in einem Teile der frei werdenden Räumlichkeiten der jetzigen Landesversicherungsanstalt eingerichtet; diese werden frei durch Uebersiedelung dieser Behörde in das neu errichtete Gebäude im Juli d. Js.

= **Runstedt** b. Merseburg, 24. Febr. (Brand.) Gestern abend brach im Rittergute zu Runstedt Feuer aus, das im Jungviehstalle entstanden war. Dasselbe verbreitete sich schnell auf die Nachbargrundstücke, die ein Raub der Flammen wurden. Sodann gelang es dem tätigen Eingreifen der auswärtigen Feuerwehren, das Inspektorhaus und die ebenfalls brennende Kirche vor vollständiger Vernichtung zu schützen. Das Vieh wurde gerettet, der entstandene Schaden dürfte etwa 40 000 Mark betragen. Man vermutet Brandstiftung.

Schafstedt, 23. Febr. (Die zweite Pfarrstelle) an der hiesigen evangelischen Gemeinde ist laut Verfügung der obersten Kirchenbehörden abgelehnt worden.

Weißenfels, 23. Febr. (Trauriges Los.) Dem Mechaniker Bräunig, der sich aus noch nicht völlig aufgeklärter Ursache zwei Kugeln in den Kopf schoß, mußten beide Augen entfernt werden. Ein Fall der größten Tragik, wenn Bräunig sollte mit dem Leben davonkommen.

Naumburg, 24. Febr. (Justizneubau.) Im März wird der erste Spatenstich zu dem neuen Justizpalast getan werden, der an die Stelle des alten Gebäudes tritt, das nun bald 100 Jahre, seit 1810, dem Oberlandesgericht mit seinen 31 Räten, 3 Staatsanwälten und 52 unteren Beamten für seinen umfänglichen Betrieb gedient hat, als höherer Instanz auch für das Königl. Landgericht mit seinen 11 Räten, 3 Staatsanwälten und 39 weiteren Beamten und für das Amtsgericht mit seinen 3 Räten und 21 weiteren Beamten. Im Jahre 1916 hofft man den Bau fertiggestellt zu sehen.

m. **Querfurt**, 24. Febr. (Schwerer Einbruch.) Vergangene Nacht statteten Diebe dem Getreidegeschäft von Frau Schobes einen Besuch ab. Die Diebe drangen in das Kontorschafften den Geldschrank in den Getreideschuppen und sprengten ihn. Den Dieben fielen 6000 Mark in die Hände. Der sofort herbeigeholte Polizeihund aus Erdeborn verfolgte die Spur bis zum Querfurter Bahnhof. Die Polizei stellte fest, das 2 Männer früh am Morgen 2 Fahrkarten 4. Klasse nach Berlin lösten.

Rothenburg a. d. Saale, 24. Febr. In gestriger geschlossener Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurden die Leistungen der Stadt für die Bahn nach Rothenburg mit 7 gegen 3 Stimmen angenommen.

R. **Reitzsch**, 24. Febr. (Einbruch.) In der Sonntag-Nacht erbrachen Diebe das Schaufenster des Schuhmachermeisters H. Kittler hier und entwendeten den ganzen Inhalt. Der aus Halle herbeigerufene Polizeihund verfolgte die Spur bis in ein Haus, doch hat sich bestimmtes noch nicht ermitteln lassen.

Alsleben, 23. Febr. (Bau einer Zeppelinhalle.) Wie der „Beobachter an der Saale" erfährt, schweben zurzeit Verhandlungen, um in nächster Nähe von hier eine Zeppelinhalle zu errichten. Es sollen dafür nicht mehr, wie bisher, die großen Ortschaften in Frage kommen, da dortselbst die Preise für Gelände und die sonstigen Landungsbedingungen mit der Zeit immer schwieriger werden. Besonders der Vorhafen von der Saale bis Aschersleben soll hierfür in Frage kommen. Es ist dem „Beobachter an der Saale" von der Zeppelingesellschaft gleichfalls eine diesbezügliche Nachricht zugegangen.

Osterode, 23. Febr. (Etwa 7½ Millionen Mark mehr Kapitalvermögen.) Die Wirkung des Generalpardons bei der Einschätzung zum Wehrbeitrage hat sich auch im Kreise Osterode a. H. gezeigt. Es sind an Kapitalvermögen gegen früher 7 750 000 Mark mehr deklariert worden. Auf die Stadt Osterode am Harz entfallen davon über 2½ Millionen Mark, und der Rest auf Herzberg, Bad Lauterberg und die Landgemeinden. In Osterode wird von diesem Millionenzegen natürlich auch ein hübsches Sümmchen in den Stadtsäckel fließen, der eine Nachfüllung sehr gut vertragen kann.

Eckartsberga, 23. Febr. (Zur Ermordung des Revierförsters Ludwig.) Die Mordaffäre im Walde, der der Revierförster Ludwig zum Opfer gefallen ist, beschäftigt noch unausgesetzt das Untersuchungsgericht zu Naumburg, und zwar hauptsächlich weil der Arbeiter Morgenstern, der nach den Angaben des Arbeiters Harnisch den tödlichen Schuß abgegeben haben soll, fortgesetzt jede Beteiligung an der Tat überhaupt ableugnet. Der einzige Zeuge, der Oberholzhauer Schmidt aus Niederholzhausen, der selbst eine ganze Schrotladung in die unteren Gliedmaßen bekam, wird die blitzschnelle Folge der Vorgänge kaum so scharf schildern können. Schmidt befindet sich im Kreiskrankenhause, wo er am Sonnabend vom Untersuchungsrichter vernommen wurde. Sein Zustand hat sich gebessert, was auch durch die Beleuchtung mit Röntgenstrahlen bestätigt worden ist. Der örtliche Termin im Walde wurde für diese Woche in Aussicht genommen. Bei den Bemühungen der Sicherheitsbehörde, die Mordtat aufzuklären, wurden auch die Urheber einer ganzen Reihe von Einbruchsdiebstählen ermittelt, die in den letzten Jahren, namentlich in Gernstedt, Auerstedt und Lisdorf, ausgeführt wurden. In der Hauptsache fallen sie dem Wildbieb Morgenstern und einem seiner Bundesgenossen, dem Arbeiter Tretbar, zur Last. Morgenstern besaß u. a. zwei Gewehre, von denen das eine in einer Suhler Fabrik gekauft, das andere aber auch aller Wahrscheinlichkeit nach gestohlen worden ist. In Tretbars Behausung wurden eine Wäschemaschine, Wäscheleinen, Bettbezüge, Messer, Gabeln und Löffel gefunden, die aus Diebstählen in den genannten Orten herrühren, ferner ein Tesching, das vor zwei Jahren einem Oehster aus seinem Häuschen gestohlen wurde. Vor etwa 1¾ Jahr haben Morgenstern und Tretbar namentlich dem Gutsbesitzer Schmidt in Rannstedt außer anderen Gegenständen die gesamten Fleisch- und Wurstwaren von zwei Schweinen mittels Einbruch entwendet. Das die beiden auf diesen Raubzügen nicht vor dem Aeußersten zurückgeschreckt wären, geht aus der Bekundung eines Arbeiters hervor, den sie vergeblich zu bewegen suchten, in Rannstedt Schmiere zu stehen. Morgenstern und Tretbar verlangten von ihm, er brauche bloß mit der Flinte hinter einem Baum aufzupassen.

Eckartsberga, 24. Febr. (Ein kleiner Eisenbahnunfall) ereignete sich gestern abend infolgen, als 3 ländliche Gespanne, die den Schenkenweg von Reißdorf herabgefahren kamen, das Eisenbahngleis noch zu überschreiten suchten, als eben der kurz vor 8 Uhr hier eintreffende Zug herannahte. Zweien der Geschirre gelang das auch, das dritte aber rannte mit der Lokomotive zusammen und riß deren große Laterne fort. Glücklicherweise blieb es hierbei und bei einiger Beschädigung des Wagens, und es wurden weder Menschen noch Tiere verletzt, aber natürlich herrschte unter den Insassen des Zuges große Aufregung, als plötzlich der Zug gebremst und zum Stehen gebracht wurde.

Artern, 23. Febr. (Verhaftung einer Einbrecherbande.) Am Sonntag wurde hier eine Einbrecherbande ermittelt, die schon seit längerer Zeit die ganze Stadt in Schrecken und Unruhe versetzt hatte. Vor ungefähr vierzehn Tagen wurde in der Maschinenfabrik „Kyffhäuserhütte" nachts eingebrochen, wobei man den Geldschrank zu öffnen versuchte; dies gelang aber nur mit dem Teile des Schrankes, der die Kasse nicht barg; bei der Fortsetzung der Tätigkeit wurden die Diebe gestört. Bald darauf wurde das lichtscheue Gesindel an der Ausführung eines Diebstahls im „Schützenhaus" durch die Wirtin, die infolge der Unruhe des Hundes erwachte, verhindert. Drei Personen wurden hier in der Nacht auf der Flucht durch den Garten beobachtet. Wenige Tage später durcheilte die Kunde von einem wohlgelungenen Diebstahl in dem Geschäft des Konsumvereins die Stadt; hier waren die Diebe eingebrochen, hatten die Ladenkasse mit 400 Mark geraubt und ließen nach Begießung der Räume mit Petroleum auch viele Gegenstände, Cigarren u. a. verschwinden. Der Vorstand des Konsumvereins setzte dem Ermittler der Einbrecher eine Belohnung von 50 Mark aus. Alles vergebens. Auch Polizeihunde konnten nicht auf die Spur kommen. Inzwischen wurden noch andere nächtliche Störungen an Häusern und in Gärten bekannt. Auf seltsame Weise wurde nun gestern die Einbrechergesellschaft abgefaßt. Der Handelsmann Vetter, dessen Wohnhaus außerhalb der Stadt liegt, beobachtete vormittags drei Bürschchen, die sich an einem in der Nähe gelegenen Strohdiemen auffällig zu schaffen machten. Er ging näher und erkannte die Personen, die inzwischen ihren verhängnisvollen Ort verlassen hatten. Eine sofortige Untersuchung des Strohdiemens ergab eine Niederlage vieler geraubter Gegenstände, darunter auch etwa zwei Zentner Zucker. Nun wurden die drei Personen sogleich verhaftet, die auch jene Einbruchsdiebstähle zum größten Teile eingestanden. Die drei Einbrecher, Ehrhardt, Schönau und Benze, um die es sich hierbei handelt, stehen im Alter von 17 bis 24 Jahren und sind zum Teil schon wegen Diebstahls vorbestraft. Alle drei sind Söhne sehr achtbarer Familien.

Eisenach, 23. Febr. (Zur Schießaffäre bei Marksuhl) wird noch gemeldet, daß bei jeder Leiche der zwei Verkäuferinnen ein Revolver lag und jede nur einen Schuß in der Herzgegend aufwies. Beide Mädchen lagen dicht nebeneinander, jede mit einem Blumenstrauß auf der Brust. Dicht daneben lingen an einem Gebüsch die beiden Hüte, darüber ein ausgetretener Trauerflor. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß unglückliche Liebe die Ursache des unglücklichen Entschlusses ist.

‡ **Eisenach**, 23. Febr. (Erstochen.) In der Bierwirtschaft zur „Goldenen Traube" hier gerieten in der Nacht zum Sonntag der Kaufmann Nertmann und der Maurer Adam Keutterling von hier in Streitigkeiten, in deren Verlauf K. seinen Gegner mit einigen derben Ohrfeigen bedachte. Hierauf lief der Geschlagene nach seiner Wohnung, holte ein großes Schlächtermesser und erwartete am Wege seinen ebenfalls heimkehrenden Gegner. Als dieser nahte, sprang er auf ihn zu und brachte ihm mit dem gefährlichen Werkzeuge so schwere Verletzungen im Unterleib bei, daß er nach dem Krankenhause geschafft werden mußte. Die erhaltenen Verletzungen waren so gefährlicher Art, daß der Verletzte bereits gestern abend starb.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140225018/fragment/page=0003

Kunst und Wissenschaft.

Hochschulnachrichten.

Den Privatdozenten an der Universität Tübingen Dr. med. Ernst Holzbach (Geburtshilfe und Gynäkologie), Assistenzarzt an der Frauenklinik, und Dr. phil. Franz Zinkernagel (Neuere deutsche Literaturgeschichte) ist der Titel und Rang eines außerordentlichen Professors verliehen worden. — Dem Privatdozenten für Geburtshilfe und Frauenheilkunde und ersten klinischen Assistenzarzt an der Frauenklinik der Universität Heidelberg Dr. med. Maximilian Neu (aus Freinsheim, bayerische Rheinpfalz) ist der Titel außerordentlicher Professor verliehen worden. — Der bisherige außerordentliche Professor in der medizinischen Fakultät der Universität in Marburg Dr. Heinrich Hildebrand ist zum ordentlichen Honorarprofessor in derselben Fakultät ernannt worden.

Eine Aktion gegen den Andrang zum medizinischen Studium. Prof. Dr. Richard Paltauf von der medizinischen Fakultät der Wiener Universität plant eine Aktion gegen den Andrang zum medizinischen Studium. Die Angelegenheit ist, wie man im Dekanat der medizinischen Fakultät mitteilt, noch nicht als spruchreif zu betrachten. Es liegt lediglich eine Anregung Prof. Paltaufs vor, die im Professoren-Kollegium der med. Fakultät beraten werden wird. Die Wiener Aerztekammer hat an die übrigen österreichischen Aerztekammern ein Rundschreiben gerichtet, worin sie auf den allzugroßen Andrang für den Aerztestand aufmerksam macht.

Kapitän Pearry, der Entdecker des Nordpols, betreibt eifrig die Vorbereitungen zur weiteren Erforschung der Südpolargegenden. Pearry äußerte sich einem Journalisten gegenüber, daß noch fast das ganze unter englischem Einfluß stehende Gebiet in der Gegend des Wedels-Landes unerforscht sei und daß eine Expedition überraschende Resultate ergeben würde.

Der Sezessionist Rudolf Breyer ist laut Stuttgarter „Neues Tagblatt" als Nachfolger von Prof. Carles Grethe für die Professur an der dortigen Akademie der bildenden Künste ausersehen. Breyer ist geborener Stuttgarter.

Ernst Haeckel hat am Vorabend seines achtzigsten Geburtstages eine neue Schrift „Gottnatur" (Theophysis), Studien über monistische Religion, vollendet, welche demnächst im Verlag von Alfred Kröner in Leipzig zum Preise von 1 Mark erscheinen wird; sie ist den Lesern der „Welträtsel" und „Lebenswunder" gewidmet und bildet eine Ergänzung dieser beiden philosophischen Hauptwerke des gefeierten Forschers.

Um Kants Grab. Seit einiger Zeit regt sich immer dringlicher der Wunsch, die Grabstätte Kants in Königsberg — eine dürftige und baufällige Kapelle — durch ein würdiges Monument zu ersetzen. Die zuständigen Behörden und die Königsberger Universität sind von Neuem in Erwägungen darüber eingetreten. Eine Gruppe von Verehrern Kants, an ihrer Spitze der um die Kantforschung hochverdiente Professor Dr. O. Schöndörffer in Königsberg, arbeitet dahin, daß etwas für die Dauer Befriedigendes geschaffen werde. Diesen höchst notwendigen Bestrebungen hat sich die Kant-Gesellschaft angeschlossen. Ihr Verwaltungsausschuß hat soeben eine (von seinem Mitgliede, Herrn Felix Krueger in Halle beantragte) Erklärung beschlossen. Wegen der allgemeinen Bedeutung der Sache bringen wir diese Erklärung hiermit zur öffentlichen Kenntnis. Der Verwaltungsausschuß der Kant-Gesellschaft begrüßt das neuerdings von Königsberg ausgehende Bestreben, für Kant endlich eine würdige Grabstätte zu schaffen, und wird es nach Kräften unterstützen. Auf Grund der Tatsachen und ihrer Vorgeschichte geht die Meinung des Verwaltungsausschusses im besonderen dahin:

Das Beste wäre, die Ueberreste des großen Toten an ihrem gegenwärtigen Orte zu belassen: er bedeutet der Universität wie der Stadtgemeinde Königsberg seit alten Zeiten eine Stätte pietätvollen Gedenkens; er ist geweiht durch die ursprüngliche Bestattung Kants und durch die Verehrung von Generationen. Unerläßlich aber wäre es dann, diese Stätte und ihre Umgebung architektonisch auf das Gründlichste umzugestalten. Sollte das technisch unmöglich sein, so wären die Gebeine zu exhumieren und an den künstlerisch wie menschlich für die Dauer geeignetsten Ort Königsberg zu verbringen. In jedem Falle gebührt dem tiefsten Denker der Deutschen eine eigene, aus ihrer Umgebung klar hervorgehobene, monumentale Grabstätte. Ferner ist es notwendig, daß Kants Grab auf Jahrhunderte hinaus jedem Verehrer ohne weiteres zugänglich bleibe. Eine Bestattung im Inneren der Domkirche erscheint mit diesen Forderungen kaum vereinbar. Endlich sollte zur Gestaltung des Raumes und gegebenenfalls schon zur Auswahl des Platzes einer der künstlerisch bewährtesten Architekten Deutschlands herangezogen werden. Die notwendigen Geldmittel werden in kurzem aufzubringen sein. Das Unternehmen ist nicht beschränkt auf die zunächst Verpflichteten. Alle Deutschen geht es an. Ja, die gesamte Kulturwelt ist dafür aufzurufen.

Theater und Musik.

Deutsche Uraufführung eines Strindbergschen Jugenddramas.

Aus Wien wird uns geschrieben: August Strindberg, der Frauenhasser, als Sänger der Liebe und Ehe! So stellte er sich uns in seinem Schauspiel „Frau Margit" vor, dessen Entstehung 30 Jahre zurückliegt. Das Deutsche Volkstheater brachte das interessante Werk zur deutschen Uraufführung. Es war eine literarische, aber nur zum geringen Teil dankenswerte Tat, denn dies Schauspiel ist technisch recht unbeholfen und leidet an dem schweren inneren Widerspruch, daß es im historischen Kostüm der Reformationszeit moderne — allerdings vor 30 Jahren moderne — Anschauungen predigt: Frau Margit, die junge Gattin des Ritters Bengt, lebte in Träumen; ein schimmernder Falter, ein zwitschernder Vogel, dem man stets nur von Glück und Himmel sprach, nie aber von Leid und irdischen Qualen. Auch ihr Mann hielt in seiner tiefinnigen Liebe allen Kummer von ihr fern; bis eines Tages über sie die Tatsache des Ruins, der Verarmung hereinbrach. An der großen Enttäuschung, nicht zur Mitmisserin, zur Leidgenossin von dem Geliebten gemacht worden zu sein, sowie an einer brutalen Aufwallung des Mannes geht ihr ebeliches Glück in Trümmer. Kraftvoll und die künftige Größe ahnen lassend, hat der junge Strindberg jein von echtem Temperament getragenes Stück hier zum Drama geführt. Von da ab versagt er aber; Frau Margit sieht die Schedung durch; begegnet dem liebewinselnden Mann mit Verachtung und Haß; spielt mit Todesgedanken — doch Strindberg hatte sein Ziel allzu starr ins Auge gefaßt, der Liebeshymnus des Schlusses klang zu laut und lockend an seinem Ohr, und so geschah es ihm, daß er den tief aufgerissenen Abgrund nicht mehr glaubwürdig genug überbrücken konnte. Er stellt Frau Margit in eine Verführungsszene, läßt sie Gift nehmen und dann nach Leben schreien, läßt ihr Gegengift reichen und den Gatten zu neuem Leben liebend umarmen. Und predigt, predigt darwischen in klugen, aber zum Schwall wachsenden Worten, aus Margits Mund und aus des Paters Franziskus Mund, daß Ehe Pflicht bedeute und die Liebe eine Gnadengabe dazu sei, daß man die Kinder zur Wahrheit erziehen, ihr Herz und ihre Seele der Wirklichkeit öffnen müsse. Der Ausklang berührt nach den vielen Peinlichkeiten nicht so erhaben, als sich ihn Strindberg dachte. Das edle Feuer, mit dem er einzesetzt hatte, war zum Schluß nur ein Glimmen. Und die schönen Worte schienen verstaubt; aber nicht nur wegen der 30 Jahre. Das Publikum folgte der nicht sehr befriedigenden Aufführung anfangs mit großer Spannung, dann nur mit Respekt.

M. M.

Bühnenchronik.

Nathansens Schauspiel „Der Traum" erlebt am 13. März am Neuen Schauspielhaus in Königsberg seine deutsche Uraufführung. Das Stück wird durch Vermittelung des Verlages Oesterheld & Co., Berlin, im Laufe der nächsten Saison auch in Dresden, Leipzig, Bonn usw. gespielt werden.

Luftschiffahrt.

Churchill im Aeroplan. Der englische Marineminister Churmachte Montag morgen bei ziemlich stürmischem Wetter von Portsmouth aus einen Flug über See, um zu erproben, ob man aus größerer Höhe untergetauchte Unterseeboote erspähen könne. Churchill lenkte selbst mit großem Geschick das Flugzeug, auf dem ein Seeoffizier als Passagier Platz genommen hatte, und äußerte große Befriedigung über die gemachten Beobachtungen. Die Londoner Blätter mißbilligen die Wagehalsigkeit des Ministers, zumal zu gleicher Zeit in Chichester ein Militärzweidecker infolge des böigen Windes verunglückte, wobei der Pilot schwer verletzt und der Passagier getötet wurde.

Vermischtes.

Prinz Heinrich als Filmoperateur. Ein Berliner Filmtechniker ist Montag im Kieler Schlosse eingetroffen, um den Prinzen Heinrich in die Technik der kinematographischen Aufnahmen einzuweihen, da der Prinz beabsichtigt, die wichtigsten Momente seiner am 10. März beginnenden Südamerikafahrt im Bilde festzuhalten.

Der gestrandete Kreuzer „Waldeck-Rousseau". Die aus Toulon in Paris eingetroffenen Privatnachrichten über die Aussichten der Flottmachung des Panzerkreuzers „Waldeck-Rousseau" lauten nicht sehr zuversichtlich. Das „Echo de Paris" erfährt, daß infolge der Unterströmung der Sand aus sieben Meter Tiefe in alle Maschinenteile sowie in die Heizräume eingedrungen sei, und daß die Neigung des Schiffes nach Backbord Bedenken erregt. Steuer und Schraube sind allerdings unversehrt; im übrigen jedoch ist der Schaden sehr bedeutend. Heute morgen wurden die Kohlenvorräte des „Waldeck-Rousseau" auf Schaluppen entladen, und auch sonst wird das Schiff von allen beweglichen Teilen geleichtert werden. Bis zur Wiedereinstellung des Kreuzers in den Seedienst dürften jedoch noch Monate vergehen.

Rampollas Briefe verbrannt. Wie aus Rom gemeldet wird, ist in Uebereinstimmung mit den Erben Kardinal Rampollas beschlossen worden, alle nachgelassenen Briefe und Manuskripte des Kardinals zu vernichten, da der Vatikan und die Erben des Verstorbenen sich über die Zugehörigkeit dieser Schriftstücke nicht einigen konnten. Die Verbrennung derselben hat im Ofen des Palastes Santa Maria stattgefunden.

Das 20-Francs-Stück im Blinddarm. Ein in Kairo wohnender Italiener wurde kürzlich wegen einer Blinddarmentzündung operiert. Zu seinem nicht geringen Erstaunen fand der Arzt in dem entfernten Teil zwei kleine Stückchen Holz und ein französiches 20 Francs-Stück. Um Auskunft über den seltsamen Fund befragt erklärte der Patient, daß er den Louisdor vor einiger Zeit in einer Lotterie gewonnen habe. Besorgt, daß seine Freunde davon erfahren und ihn „anpumpen" könnten, habe er das Geld in Sicherheit bringen wollen, und es für am zweckmäßigsten gehalten, es zu verschlucken.

Aus der neuesten „Jugend"

Ein Schutzmann trifft einen ihm wohlbekannten Vagabunden bettelnd am Viktualienmarkt und nimmt ihn fest.

Auf der Polizeidirektion fragt ihn ein Kommissär, der ihn ebenfalls gut kennt, nach seinen Personalien.

„Wie heißen Sie?"

„Dös sollt'n S' doch scho wiss'n, Herr Kommissär", war die Antwort.

„Wie heißen Sie, hab ich gefragt", herrschte ihn der Kommissär an.

„Huber Seppl, 28. Oktober 1881."

„Und Ihr Beruf?"

„Kommerzienrat."

Der Kommissär suchte mit seinen Blicken den Vagabunden zu durchbohren. „Kommerzienrat? Sie? Davon wissen wir nichts."

„Glaub i," sagte der Vagabund. „Dös sell glaub i scho. Wissen S', Herr Kommissär. Geheimer Kommerzienrat bin i, geheimer!"

*

Eine Frankfurter Mama kommt mit ihrem Söhnchen an dem mit dem Pegasus geschmückten Opernhaus vorbei, der Kleine weist auf den Pegasus und sagt:

„Gucke mal da, Mamme, was e schön Schmedderlingche!" Worauf die Mama antwortet:

„Bist de still, das is kei Schmedderlingche, das is e Amörche!"

*

Die Saison liegt in den letzten Zügen. Der „unwiederruflich letzte" Kostümball lockt noch einmal das mondaine Publikum in Scharen heran. Alle die Herren nun, die im stimmungslosen Gesellschaftsanzug den Saal betreten, müssen nach geheiligter Tradition für das Masken-Abzeichen eine Pönalität tragen.

Ein Elegant im Frack aber passiert unschuldigen Auges die Kontrolle am Eingang und macht keine Miene, seinen Obolus zu entrichten. „Drei Mark für den Frack!" sagt höflich, aber entschieden ein aufsichtsführender Herr.

„Gemacht!" meint der Kavalier, „nach welcher Adresse soll ich 'n Ihnen zuschicken?"

*

Rezensent. „Theaterstücke schreiben ist kein Kunststück, aber während der Premiere auf'm Bal-paré sein und dann eine Kritik schreiben, das ist Kunst!"

Reiseverkehr.

Das von der Passage-Abteilung der Woermann-Linie A.-G. und Deutschen Ost-Afrika-Linie alljährlich zur Ausgabe gelangende „Handbuch für Erholungs- und Vergnügungsreisen nach Madeira und den Kanarischen Inseln" ist soeben erschienen. Wie bekannt, werden Madeira und die Kanarischen Inseln auch vom deutschen reisenden Publikum mehr und mehr besucht, und in der Tat lohnt sich eine derartige Reise außerordentlich, zumal die Fahrpreise sehr billig gehalten sind und es auch weniger Bemittelten ermöglichen, derartige Reisen zu unternehmen. Die kleine Broschüre wird Interessenten durch die Passage-Abteilung der Woermann-Linie A.-G. und Deutschen Ost-Afrika-Linie in Hamburg gern gratis übersandt.

Die Insel Korfu im Jonischen Meer gewinnt im internationalen Publikum immer mehr Interesse als beliebtes Reiseziel. Eine selten günstige Gelegenheit, Korfu kennen zu lernen, bietet sich auf der vom Norddeutschen Lloyd, Bremen, veranstalteten Mittelmeerfahrt vom 21. April bis 5. Mai. Zum Besuch Korfus ist ein Aufenthalt von 14 Stunden vorgesehen; alle interessanten Punkten werden unter kundiger Führung besichtigt. Die erwähnte Mittelmeerfahrt berührt übrigens alle berühmten Stätten des Südens: Venedig, Ragusa, Malta, Syrakus, Taormina, Messina, Palermo, Neapel, Pompeji, Kapri und Genua.

Letzte Depeschen.

Vertagung der „Atlantischen Konferenz".

London, 24. Februar.

Die Atlantische Konferenz, die heute und gestern hier Sitzungen abhielt, hat sich vertagt und wird vom 27. März ab ihre Sitzungen in Berlin fortsetzen.

Amnestie für politische Verbrechen in Griechenland.

Athen, 24. Februar.

Durch ein königliches Dekret wurde eine vollständige Amnestie für alle Personen, die während der letzten beiden Kriege oder vorher einen Gegner Griechenlands unterstützt haben, erklärt. Ebenso erstreckt sich die vollständige Amnestie auf alle, die in irgend einer Weise an den Nationalitätenkämpfen beteiligt waren, die vor dem letzten Balkankriege in Mazedonien stattgefunden haben.

Englische Strafexpedition in Indien.

Delhi, 24. Februar.

Die Truppenabteilungen, die vor kurzem eine Strafexpedition gegen Eingeborenenstämme unternommen haben, sind wohlbehalten nach Ruftan zurückgekehrt. Sie haben viele Dörfer der Eingeborenen zerstört, einige Eingeborene getötet, zehn gefangen genommen und viele Gewehre sowie viel Vieh erbeutet. Auf britischer Seite ist niemand verletzt worden.

Havarie eines deutschen Dampfers.

Bremen, 24. Februar.

Laut Funkentelegramm erlitt der auf der Ostasienreise befindliche Dampfer „Prinzeß Alice" des Norddeutschen Lloyd auf der Schelde Schaden an der Steuerbordschraube. Der Dampfer hat heute nachmittag seine Reise von Vlissingen nach Southampton fortgesetzt. Er wird dort docken, um zwei Schraubenflügel auszuwechseln und Donnerstag seine Reise nach Ostasien fortzusetzen.

Zugzusammenstoß. Wie aus Oberweiler, 24. Febr., gemeldet wird, stieß der Zug der Müllheimer-Badenweiler Lokalbahn, der den Müllheimer Bahnhof mittags 12.20 Uhr verläßt, beim Passieren einer Weiche vor Anfang des Ortes mit einem von Badenweiler kommenden Probezug der neuen elektrischen Bahn, der aus drei Wagen bestand, zusammen. Der Anprall war außerordentlich heftig. Die Lokomotive rohrte sich in den Führerstand des ersten Motorwagens ein, dessen Führer rechtzeitig abspringen konnte. Der Lokomotivführer, ein Postschaffner und mehrere Fahrgäste wurden leicht verletzt. Der Materialschaden ist ziemlich erheblich.

Das Lutherdenkmal in Koburg. Wie aus Koburg, 24. Febr., gemeldet wird, beschlossen die dem Denkmalsausschuß für ein Lutherdenkmal auf der Feste Koburg angehörenden Künstler und der Arbeitsausschuß heute vormittag in Gegenwart des Herzogs von Sachsen-Koburg-Gotha und der Herzogin von Albany, der Mutter des Herzogs, einstimmig, dem Bildhauer Eberhard Encke-Berlin die Ausführung des Denkmals zu übertragen.

Leipziger elektrische Straßenbahn. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der für den 20. März d. J. anberaumten Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 5 Prozent für das Geschäftsjahr 1913 vorzuschlagen

Oeffentlicher Wetterdienst.

Dienststelle Ilmenau, Dienstag, 24. Febr., 8 Uhr morgens.

Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa.

Das ozeanische Tief ist unter weiterer Verflachung nach Norden gezogen, ein Ausläufer erstreckt sich jedoch über Deutschland und bringt entgegen der gestrigen Annahme Regenfälle.

Witterungsaussicht für den 25. Februar:

Bewölkt, zeitweise Niederschlag, Temperatur wenig verändert.

Der Frühling zieht ein.

Vom Brocken, 23. Februar. (Originalbericht. Nachdr. verb.) Ungemein schnell ist nach der mäßigen Kälte auf dem Brocken in der zweiten Hälfte der verflossenen Woche die Wiedererwärmung erfolgt, die nach der Annäherung eines tiefen atlantischen Minimums allerdings zu erwarten war. Während wir am 20. u. 21. hier oben 1,0 bis 5,0 Grad Kälte, dichten Nebel, starke West- und Südwestwinde und mäßigen Schneefall hatten, der im Brockengebiet an geschützten Stellen eine Schneedecke von 9—10 Zentimeter Neuschnee brachte, trat in der Nacht zum Sonntag von neuem Erwärmung ein. Gestern war der Brocken tagsüber nebelfrei, der Himmel mit Regenwolken ganz bedeckt, aber die Fernsicht außerordentlich günstig. Der gesamte Oberharz, Halberstadt, Klausthal und die umliegenden Ortschaften waren sichtbar. Das Thermometer zeigte früh + 1,0, mittags + 3,0, 4 Uhr nachmittags fast + 8 Grad C. und 9 Uhr abends + 5,0 Grad C., dabei andauernd lebhafte Winde aus südlicher Richtung.

Die höchste Temperatur erreichte im Monat Februar bis heute 8 Grad Wärme; dagegen die niedrigste 7,0 Grad Kälte. Februar 1913: höchste + 6,0, niedrigste — 16,0 Grad C. Februar 1912: + 9,0, — 20 Grad. In der letzten Nacht ging der Wind wieder von Süd nach West, die Temperatur von + 6,0 Grad bis auf — 1,0 Grad C. hinab. Heute 10 Uhr vormittags Barometerstand 645 mm steigend, Temperatur — 1,0 Grad, mäßiger Westwind, Windstärke 3, dabei Nebel. Da im Norden des Erdteils noch Frostwetter herrscht, so ist immerhin mit der Möglichkeit einer Wiederkehr von Frost und Schneefällen im Brockengebiet zu rechnen. Die prachtvolle Winterlandschaft ist vernichtet, die Sportverhältnisse sind wieder ungünstig geworden; der gestrige Tag hat gehörig mit der Schneedecke aufgeräumt. So hatte am 22. der Brocken + 8,0 Grad, Stickerke + 12,0, Wernigerode + 16,0 Grad C. Daß schon endgültig der Frühling seinen Einzug gehalten hat und der Winter vorbei ist, darf man freilich in keinem Fall hoffen. Da der Wintersport schon wieder sein Ende erreicht hat, ist auch der Tourisstenverkehr sehr minimal.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dyck; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Baer; für den Anzeigenteil: Albert Barth; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle. — Zuschriften an die Redaktion, Berichte, Einsendungen usw. sind stets an die Redaktion der „Saale-Zeitung", nicht an die Adresse einzelner Redakteure zu richten.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten — einschließlich Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140225018/fragment/page=0004

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S.,
Alte Promenade 3, gegenüber dem Stadttheater.
Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.".)

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 206,25, Disconto 198, Deutsche Bank 259,50, Türkenlose 170, Lombarden 22,37, Canada 215, Laurahütte 163,75, Bochumer Guss 225,87, Gelsenkirchen 194,37, Harpener 188,65, Deutsch-Luxemburg 143,25, Phönix 243,87, A.-E.-G. 249,62, Hamburger Paketfahrt 144,62, Nordd. Lloyd 127,75, Hansa 300,25. Tendenz: Ruhig.

Am Kassamarkt notierten höher: Bauverein Weissensee 20 Mk., Gebhardt & König 5, Ankerwerke 7, Busch Waggon 3,50, Max Jüdel 4, Wissener Metall 3, Delmenhorst Linoleum 2,50, Karl Lindström 2, Troitzsch 5, Lindener Weberei 2, Anilinfabrik Treptow 14, Badische Anilinfabrik 8, Elberfelder Farben 5, Höchster Farben 5, Anhalter Kohlen 2, Roddergrube 2, Langendreer 4,50, Kahla Porz. 2, Adler Fahrrad 2, Berl. Jutespinnerei 2, Albert chem. Fabr. 3, Werschen-Weissenfelser Braunk. 2, Rheinwestfäl. Kalk 2, Grube Eintracht 3, Held & Francke 2,50; niedriger: Egestorff Masch. 2, Enzinger Filter 3, Excelsior Fahrrad 2, Leipziger Werkzeug 3, Ohles Erben 4,25, Deutsche Gasglühlicht 5,50, Stettiner Chamotte 2, Girmes & Co. 2, Fritz Schulz 3, Braunschweiger Kohlen 3, Thale St.-Pr. 9,75, Thale Vorz.-Akt. 11, Ilse Bergbau 8,80, Niederlausitzer Kohlen 2,50.

Zum Kurszettel. Berlin, 24. Februar. 4% Badische Staats-Anleihe 08/09 unk. 13 96,50 G. 4% Bayrische Staats-Anl. 96,60 G. 4% Bayrische Staats-Anleihe 08 unk. 1911 96,60 G. 4% Schwarzburg-Sondershausen — —. 3½% Württemb. Staats-Anleihe 81-83 84,60 G. 4% Kameruner Eisenbahn-Anteile — —. 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schuldverschr. gar. 90,50 B. 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1900 96,70 G. 4% Darmstädt. Stadt-Anl. 1909 unk. 1[illegible] —. 3½% Dessauer Stadt-Anleihe 1896 —. 4% Düsseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 07, 08, 09 95,60 G. 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 —. 3½% Jenaer Stadt-Anl. 1902 —. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1903 unkv. 1919 — —. 4% Quedlinburger Stadt-Anleihe 1903 unk. 1915 — —. 4% Thorner Stadt-Anl. 1904, 05, 09 41,50 G. 4% pros. Hessische Komm.-Obl. X-XII 96,90 G. 3½% Oesterreichische Nordwestbahn-Obligationen 1874 konv. — —. 4½% Deutsche Solvay-Werke — —. 4½% Elberfelder Farben unk. 1917 101,90etbB. Felten & Guilleaume-Lahmeyer 06, 08 98,75bG. Vereinigte Lausitzer Glashütten 35,25bG.

Londoner Börse vom 24. Febr. Es notierten: Engl. Konsols 75 11/16, Rio Tinto 18/16, Geduld 1,29, Goldfields 2 7/16, Steel com 37,37, Steel preis. —, Rand Mines 5,00, Rhodesia 7,50, Eastrand 2,06, Chartered 1,00, Aurora West 0,16, Cinderella Cons. 0,51, Johannesburg Goldfields 0,12, Van Ryn 3,50, Albus (Generals) 0,59, Rand Collieries 0,18, West Rand Consols 9/0, General Mining & Fin 19/16, A. Görz & Co. 0,50, Modderfontain 12,05.

Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 24. Februar.

	Käuf.	Verk.		Käuf.	Verk.
Alexandershall	9400	9600	Johannashall	3100	3200
Bergmannssegen	6000	6200	Justus-Aktien	83%	85%
Burbach	11200	11400	Kaiserroda	6500	6700
Buttlar	600	700	Krügershall	115%	117%
Carlsfund	4400	5100	Mariaglück	1475	1550
Carlsglück	700	750	Max	3600	3800
Fallersleben	1475	1550	Neusollstedt	3400	3500
Felsenfest	3300	3400	Neustassfurt	10700	10900
Glückauf	18400	18800	Reichenhall	1600	1650
Günthershall	4750	5000	Ransbach	2000	2100
Hanse-Silberberg	5250	5500	Ronnenberg	93%	95%
Hedwig	1600	1700	Rothenberg	2500	2600
Heiligemühle	800	900	Salzdetfurth	338%	345%
Heiligenrode	9900	10200	Salzmünde	5300	5400
Heldburg	38%	39%	Teutonia	60%	62%
Heldrungen	900	1000	Thüringen	3450	3550
Herta-Neurungen	2400	2500	Walter	1650	1750
Hohenfels	4700	4900	Wendland	925	1025
Hohenzollern	6400	6600	Wilhelmshall	8300	8500
Hugo	9000	9100	Wintershall	18250	18600
Ilfeldstedt	2700	2800			

Thüringer Kreditanstalt Akt.-Ges., Eisenach. Wie man hört, wird das in 1909 errichtete Institut für 1913 keine Dividende (bisher stets 7 Proz.) verteilen können. Es sind 120—150 000 Mk. Rückstellungen für eingetretene Verluste und bedrohte Engagements zu machen, darunter auch für die Verbindung mit dem auf Antrag der Thüringer Kreditanstalt soeben in Konkurs erklärten Grundstücksagenten und Lotteriekollekteur Gustav Seiffert in Eisenach. Ob die Bank auf ihre offenen Reserven (65 000 Mk. bei 1 Mill. Mk. Aktienkapital) wird zurückgreifen müssen, steht noch nicht fest, wie sich überhaupt im einzelnen, wie die Direktion mitteilt, der Abschluss für 1913 noch nicht übersehen lasse. An Seiffert hat die Thüringer Kreditanstalt eine Forderung von ca. 100 000 Mk.; sie hat mit Seiffert, der ihr Aufsichtsratsvorsitzender bis vor ca. 2 Monaten war, in Form der Kontokorrentverbindung auf meist gedeckter Basis gearbeitet und erwartet bei ruhiger Abwickelung im Konkurse Seiffert eine Quote von 70—80 Proz.

Eisenhüttenwerk Thale, Akt.-Ges. Der Abschluss für 1913 ergibt einschliesslich des Vortrags von 613 649 (i. V. 890 010) Mk. einen Betriebsüberschuss von 4 048 194 (4 126 639) Mk. Nach Abzug der Steuern und allgemeinen Geschäftsunkosten von 686 957 Mk., der Abschreibungen auf Anlagen von 608 614 (750 923) Mk. und der Abschreibungen auf Aussenstände von 18 899 (28 662) Mk. verbleibt ein Reingewinn von 2 533 723 (3 463 943) Mk. Der am 30. März stattfindenden Generalversammlung soll bei Rücklagen von 157 500 Mk. und Ueberweisung von 55 000 Mk. für Wohlfahrtszwecke die Verteilung einer Dividende von 18 (20) Proz. vorgeschlagen werden. Nach Berücksichtigung der vertraglichen und statutarischen Tantiemen an Aufsichtsrat, Vorstand und Beamte sowie der Gratifikationen verbleiben 510 644 Mk. als Vortrag auf neue Rechnung. Die Beschäftigung ist zurzeit im allgemeinen befriedigend.

Verdingung von Altmaterial. In dem bei der Königl. Eisenbahndirektion Münster i. W. stattgefundenen Verkaufstermin alter Oberbaumaterialien wurden folgende Höchstpreise erzielt: 33 700 Kilo Eisenschienen 91,80 Mk. (letzter Verkauf 84,30 Mk.), 224 000 Kilo Stahlschienen 71,86 (68 63) Mk., 114 000 kg Stahlschwellen 51,80 (55,35) Mk., 163 500 kg Stahlschrott 55,93 (53,80) Mk., 39 400 Kilo Weichenteile 67,18 (63) Mk.; sämtliche Preise verstehen sich per Tonne frei Waggon Coesfeld.

Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Luther. Bei der Gesellschaft findet eine Aufsichtsratssitzung statt, in der u. a. die Beteiligung des Unternehmens an einer insolvent gewordenen Abnehmerfirma in Russland besprochen werden wird. Die Beteiligung bleibt noch hinter 300 000 Mk. zurück. Da die an dem russischen Zusammenbruch interessierten Banken eine Stützungsaktion eingeleitet haben, steht ein event. Verlust, den die Luther-Gesellschaft aus dieser russischen Lieferung erleidet, heute noch absolut nicht fest. Das laufende Geschäft bei dem Unternehmen ist nach wie vor recht befriedigend. Der Auftragsbestand hat sich namentlich in letzter Zeit nicht unwesentlich gehoben. Der Gesamtumsatz bei der Gesellschaft ist im bisher abgelaufenen Teile des Geschäftsjahres 1913/14 bereits höher als im ganzen Vorjahre.

Die Verkaufsstelle vereinigter Fabrikanten isolierter Leitungsdrähte berechnet ab 23. Februar einen Kupferzuschlag von 0,20 Mk. pro Quadratmillimeter Kupferquerschnitt und 1000 m Länge.

Wurzener Kunstmühlen-Werke und Biskuitfabriken vormals Krietsch in Wurzen. Auf Anfrage bei der Verwaltung wird mitgeteilt, dass das Unternehmen bisher recht günstig gearbeitet hat, so dass die Aktionäre auch für das am 30. April ablaufende Geschäftsjahr mit einem wiederum befriedigenden Erträgnis rechnen dürfen. — Für das Vorjahr verteilte die Gesellschaft auf die Stamm- sowie auf die Prioritätsstammaktien je 7 Proz. Dividende.

Porzellanfabrik zu Kloster Veilsdorf. Der Geschäftsbericht für 1913 weist nach Abschreibungen von 60 490 (i. V. 52 121) Mk. und nach Abzug sämtlicher Kosten einen Reingewinn von 228 588 (227 299) Mk. aus. Es sollen hieraus wieder 11 Proz. Dividende auf die Aktie und wieder 15 Mk. auf den Genussschein verteilt werden. Auf neue Rechnung kommen 27 393 (9422) Mk. Ueber die Aussichten bemerkt die Verwaltung: Welchen Verlauf das Geschäftsjahr 1914 nehmen wird, lässt sich heute noch nicht beurteilen. Zurzeit sind die Betriebe des Unternehmens nicht bis zu ihrer vollen Leistungsfähigkeit beschäftigt, da die Kundschaft mit der Erteilung von Aufträgen noch stark zurückhält. Mit Rücksicht hierauf ist der Gewinnvortrag verstärkt worden.

Kammgarnspinnerei zu Leipzig. Der Abschluss für 1913 ergibt auf Wollspinn-Konto einschliesslich einen Gewinn von 591 901 (i. V. 854 815) Mk. Nach Berücksichtigung der Generalunkosten und Abschreibungen von 79 187 (95 539) Mk. verbleibt ein Reingewinn von 67 646 (327 232) Mk. Die Verwaltung beantragt eine Dividende von 5 (10) Proz., wozu aus dem 200 000 Mk. betragenden Dividenden-Ergänzungsfonds 45 000 Mk. entnommen werden sollen. In der Bilanz werden ausgewiesen Bestände an Wollen und Garnen mit 2,80 (2,60) Mill. Mk., die Debitoren mit 875 000 (898 000) Mk., während Kreditoren 280 244 (184 721) Mk. zu fordern hatten. Eine Beurteilung der Aussichten sei schwieriger als je, zumal die Damenmode für das Produkt der Gesellschaft keine entscheidende Besserung der Marktlage verspreche.

Bremer Linoleumwerke (Schlüsselmarke), Delmenhorst. Nach dem Bericht für 1913 sei die stark gestiegene Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes für Linoleum durch die ungünstigen Bauverhältnisse und den teueren Geldstand ungünstig beeinflusst worden. Die Preiskonvention der deutschen Linoleumfabriken sei unter Aufhebung der Kontingentierung für 1914 verlängert worden. Unter dem Schutz dieser Abmachungen und gestützt auf die zufriedenstellende Entwicklung der Werke glaube man wieder ein gutes Erträgnis erwarten zu können. Nach 312 233 (i. V. 327 265) Mk. Abschreibungen verbleiben einschl. 163 720 (163 237) Mk. Vortrag 1 211 882 (1 197 939) Mk. Reingewinn, woraus wieder 15 Proz. Dividende verteilt, 22 500 (wie i. V.) der Talonsteuerreserve zugeführt und 178 315 Mk. vorgetragen werden.

Deutsche Petroleum-Akt.-Ges. in Berlin. Der Aufsichtsrat beschloss, eine Dividende von 8 (i. V. 7) Proz. vorzuschlagen. Die Gesellschaft erwartet auch für das laufende Geschäftsjahr günstige Erträgnisse aus ihren Beteiligungen. Der ordentlichen Generalversammlung soll die Erhöhung des Aktienkapitals um 15 Millionen Mark mit 25 Proz. der einzuzahlenden Aktien vorgeschlagen werden.

Zahnräderfabrik Köllmann, A.-G., in Leipzig. Die Generalversammlung beschloss die Verteilung einer Dividende von 10 Proz. und vollzog dann die Wiederwahl der ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder. Nach Mitteilung der Verwaltung sind die Aussichten für das neue Jahr nicht ungünstig.

Sächsische Emaillier- und Stanzwerke vorm. Gebr. Gnüchtel in Lauter i. S. Der Aufsichtsrat beschloss, der auf den 18. März einzuberufenden Generalversammlung nach reichlichen Abschreibungen (i. V. 94 440 Mk.) und Rückstellungen eine Dividende von wieder 10 Proz. vorzuschlagen.

Sächsische Oleo- und Chamottefabrik, Akt.-Ges., vorm. E. Teichert, in Meissen. Der Aufsichtsrat bringt diesmal nur 9 (15) Prozent Dividende in Vorschlag.

Preisermässigung für elsässische Garne. Die elsässischen Baumwollspinnereien ermässigten die Garnpreise um 2 Pfg. per Kilogramm.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 24 Februar. Am Frühmarkt notieren **Weizen** inländ. 188,00—192,00 ab Bahn u. frei Mühle, **Roggen** loco 152 50 — — ab Bahn u. frei Mühle. **Hafer**, märkischer, mecklenburgischer pomm., preussischer, posenscher und schlesischer loco 167—182, mittel 153—166, gering — — russisch. und Donau mittel — —, gering — — — ab Bahn und frei Wagen. **Mais**, amerik. mix. 169.00—172.00, abfall. mix — — — —, runder 146—149 frei Wagen. **Gerste**, inländ Futtergerste, mittel und gering 142—145, gute 147.00—156.00, russische und Donau leichte 133—135, schwere 136.00—142.00 ab Bahn und frei Wagen. **Erbsen**, inländische u. ausländische Futterware mittel 160—165, Taubenerbsen 169—192 ab Bahn u. frei Wagen. **Weizenmehl** 00 21.75—27.00. **Roggenmehl** 0 und 1 18.80—21.20. **Weizenkleie** 10.80—11.30. **Roggenkleie** 10.00—10.50. **Lupinen**, blaue — — , gelbe — —. **Wicken** — —. **Seradella** 11 — M.

Magdeburg, 24. Februar. (Amtl. Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg. **Weizen**, engl und Sommer- stetig, gut 187—189. **Roggen**, inländischer ruhig, gut 151—153 **Gerste**, hiesige Chevallerstetig, gut 168—170, feinste über Notiz, Land- gut 152—166, ausländische Futtergerste still, gut 129—131. **Hafer**, inländ. stetig, gut 167—170. **Mais**, runder ruhig, gut 145—147.

Hamburg, 24. Februar. (Getreidemarkt). **Weizen** stetig ostholsteiner und mecklenburger 187—195,50. **Roggen** ruhig mecklenbrg. u. altmärk. neuer 154—158.00, russ. cif. 9 Pud 10/15 Dez.-Jan. 115 50. **Gerste** ruhig, südruss. cif. Jan. 110.25. **Hafer** ruhig, neuer holsteiner und mecklenburger 155—162. **Mais**, ruhig, amerikanisch. mixed cif. per Jan.-April —, La Plata cif. neue Ernte April-Mai 104.00.

Budapest, 24. Februar. **Weizen**, Tendenz ruhig, per April 12.23 Mai 12.69, Oktbr. 11.02 **Roggen**, Tendenz ruhig, per April 9.29, Oktbr. 8.59. **Hafer**, Tendenz ruhig, per April 7.71, Oktbr. 7.71. **Mais**, Tendenz ruhig, per Mai 6.71, Juli 6.83. **Raps**, Tendenz ruhig, August 15.70.

Liverpool, 24. Febr. Träge Roter Winterweizen per März 7—4 8/8, per Mai 7—4. Mais träge. La Plata, alte Ernte, März 4—11 3/8, bunter amerik., neue Ernte, Juli 4—7 3/8.

Spiritus.

Nordhausen, 24. Febr. Branntwein 35 Vol. Proz. für 100 kg (104—105 l) 81.75—82.75 M., do. 40 Vol. Proz. für 100 kg (105 bis 106 l) 92.50—93.75 M. per loko 12 19 ohne Fass ab Brennerei.

Zucker.

Magdeburg, 24. Februar. Abend-Kurse. Februar 9.35, März 9.35, April 9.37 1/2, Mai 9.50, August 9.72 1/2, Oktbr.-Dezbr. 9.62 1/2. Tendenz ruhig.

Hamburg, 24. Februar. Rübenrohzucker, 1. Prod., Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per Februar	9.35	9.35	9.35 M.
„ März	9.35	9.35	9.35 „
„ April	9.40	9.37 1/2	9.40 „
„ Mai	9.50	9.50	9.50 „
„ August	9.72 1/2	9.72 1/2	9.72 1/2 „
„ Okt.-Dez.	9.62 1/2	9.62 1/2	9.62 1/2 „
	ruhig	behpt.	ruhig

Kaffee.

Hamburg, 24. Februar. Good average Santos

	vorm.	nachmittags	abends
per März	48.25 G.	48.00 G.	48.75 G.
„ Mai	49.25 G.	49.00 G.	49.00 G.
„ September	50.25 G.	50.00 G.	50.00 G.
„ Dezember	50.75 G.	50.50 G.	50.75 G.
	stetig	behpt.	behpt.

Havre, 24. Februar. Kaffee good average Santos per März 59.75, per Mai 60.50, per Sept. 61.50, Dez. 62.00. Stetig.

Rio de Janeiro, 24. Februar. Kaffee-Zufuhren 10000 Sack in Rio, 13000 Sack in Santos.

Kartoffelmehl und Stärke.

Magdeburg, 24. Februar. Prima Kartoffelstärke und Mehl für 100 kg 18.50—19.50. Still.

Fettwaren und Oele.

Hamburg, 24. Febr. Stadtschmalz 62,50, amerikan. Steam 53.00, Chamberlain 54.50. Tendenz ruhig.

Chemische Produkte.

Hamburg, 24. Febr. Chilisalpeter per loko 10.50, Febr.-März 10.30, frei Fahrzeug Hamburg. Tendenz: ruhig.

Wolle.

Bremen, 24. Februar. Baumwolle Upl. loko middl. 64.00.

Liverpool, 24. Febr. Aegypt. Baumwolle per März 8.99.

Liverpool, 24 Februar. Baumwolle, Umsatz 8000 Ballen, Import 37 000 Ballen, davon amerik. Lieferg. 25 000 Ballen.

Alexandria, 24. Februar. Aegyptische Baumwolle per März 17.18, Mai 17.27, Novbr. 18.0.

Metalle.

London, 24. Febr. Chili-Kupfer, stetig, 64 5/8, 3 Mon. 65 1/4, Zinn, Straits, stetig 175 3/4, 3 Mon. 177 1/2, Blei span., stetig 19 3/8, engl. 19 7/8, Zink, gew. Marke, stetig 21 1/2, spez. Marke 22 1/4.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	24. 2.	21. 2.		24. 2.	21. 2.
Weizen p. Mai	108	102 5/8	Roggen loko	—	62 1/2
„ „ Juli	97 3/8	97 3/8	Schmalz p. Mai	10.72	10.77
Mais loko	69 7/8	69 5/8	„ „ Juli	10.92	10.95
Mehl Spring cl.	3.90	3.90	**New York**		
Chicago.			Petroleum in Cases	11.25	11.25
Weizen p. Mai	94 5/8	94 1/2	do. in Stard. Withe	8.75	8.75
„ „ Juli	89 3/8	89 1/4	do. in Cred. Balanc.	200	200
Mais p. Mai	66 1/2	66 1/8	Kaffee loko	9 1/4	9 1/4
„ „ Juli	66	65 1/8	„ p. Februar	8.75	8.81
Hafer p. Mai	40 3/8	40 1/8	„ p. April	8.85	8.91
„ „ Juli	40 1/8	39 3/4			

Tendenz: Weizen stetig, Mais fest.

Schiffsnachrichten

Hamburg-Amerika-Linie.

(Bureau in Halle: Georg Schultze, Bernburgerstr. 32.)

Nordamerika: Trojan, von New Orleans, 21. Febr. 11 Uhr abends in Hamburg. Pennsylvania 21. Febr. von New York direkt nach Hamburg. Pallanza, von Boston, 22. Febr. 6 Uhr morgens in Hamburg. Kaiserin Auguste Viktoria, von New York, 22. Febr. morgens in Hamburg. — Südamerika, Westküste Amerikas: Georgia 19. Febr. in St. Thomas. Bavaria, nach Mexiko, 20. Febr. in Havana. Sachsenwald 20. Febr. von St. Thomas über Havre nach Hamburg. Schwarzwald, nach Westindien, 21. Febr. in Antwerpen. Odenwald, von Westindien, 21. Febr. in Nordenham. Kronprinzessin Cecilie, nach Havana und Mexiko, 21. Febr. in Coruna. — Westindien, Mexiko: Thuringia, von der Westküste Amerikas, 20. Febr. von Las Palmas. Blücher, nach dem La Plata, 22. Febr. von Coruna. Macedonia, nach Brasilien, 22. Febr. in Havre. — Ostasien: Assyria 21. Febr. in Singapore, ausgehend. Hoerde 21. Febr. von Perim nach Penang. Scandia 21. Febr. in Hongkong, ausgehend. Spezia 21. Febr. in Kobe, ausgehend. Brasilia, von Antwerpen, 21. Febr. 11 Uhr abends in Hamburg. Aragonia 22. Februar von Dalny nach Tschemulpo. Belgravia 22. Febr. in Vancouver, ausgehend. Suevia 22. Febr. in Tsingtau, heimkehrend. Uckermark 22. Febr. von Cuxhaven nach Port Said.

Norddeutscher Lloyd in Bremen.

(Bureau in Halle: L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse.)

Dampfer-Expeditionen in der Zeit vom 21. bis 28. Februar:

Ab Bremerhaven: Kaiser Wilhelm II. 24. Febr. nach New York über Southampton—Cherbourg. Norderney 25. Febr. nach Ostasien. Schlesien 25. Febr. nach Australien. Rhein 26. Febr. nach Baltimore. Bremen 28. Februar nach New York. — Ab Alexandrien: Prinzregent Luitpold 25. Febr. nach Marseille über Neapel. — Ab Marseille: Prinz Heinrich 25. Febr. nach Alexandrien über Neapel. — Ab New York: Barbarossa 26. Febr. nach Bremen. — Ab Baltimore: Main 28. Febr. nach Bremen. — Ab New York: König Albert 28. Febr. nach Genua über Gibraltar und Neapel. — Ab Venedig: Schleswig 28. Febr. nach Alexandrien über Corfu. — Ab Galveston: Chemnitz 28. Febr. nach Bremen.

Neueste Dampferbewegungen.

Kronprinzessin Cecilie 19. Febr. in New York. Brandenburg 19. Febr. von Bremerhaven. Chemnitz 19. Febr. in Baltimore. Aachen 18. Febr. von Lissabon. Giessen 19. Febr. in Antwerpen. Roon 20. Febr. Gibraltar passiert. Posen 19. Febr. von Tenerife. Canelon 19. Febr. von Bremerhaven. Yorck 19. Febr. von Genua. Princess Alice 20. Febr. in Antwerpen. Mark 20. Febr. in Yokohama. Helgoland 18. Febr. von Tenerife. Alrich 19. Febr. in Suez. Eisass 19. Febr. von Brisbane. Lützow 18. Febr. von Genua. Prinz Sigismund 18. Febr. in Sydney. Manila 20. Febr. von Eitape. Berlin 19. Febr. von Genua. Prinz Heinrich 18. Febr. von Alexandrien. Prinzregent Luitpold 18. Febr. von Marseille. Schleswig 19. Febr. in Alexandrien.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.						Fall	Wuchs
Artern	23. Febr.	+1,49	24. Febr.	+1,52		—	3
Nebra, Oberpegel	„	+2,34	„	+2,30		4	—
„ Unterpegel	„	+1,58	„	+1,52		6	—
Weissenfels, Oberpegel	„	+2,85	„	+2,84		4	—
„ Unterpegel	„	+1,94	„	+1,88		6	—
Trotha	23.	+3,50	24.	+3,42		8	—
Alsleben, Oberpegel	22.	+2,95	23.	+2,89		6	—
„ Unterpegel	„	+3,26	„	+3,11		15	—
Bernburg	„	+2,76	„	+2,72		4	—
Calbe, Oberpegel	„	+2,15	„	+2,16		—	1
„ Unterpegel	„	+2,58	„	+2,54		4	—

Ilser, Eger, Elbe, Moldau.								
	Februar	Fall	Wuchs		Februar	Fall	Wuchs
Jungbunzel	23.	+0,20	—	12	Wittenberg	24.	+2,79	—	32
Laun	„	+1,84	34	—	Rosslau	„	+2,21	—	31
Budweis	„	+0,01	1	—	Barby	„	+2,70	—	13
Prag	24.	+1,32	—	—	Schönebeck	„	+2,49	—	12
Pardubitz	23.	—0,35	—	10	Magdeburg	„	+2,05	—	13
Brandeis	„	+1,33	—	4	Tangermünde	„	+3,95	—	16
Melnik	„	+0,70	—	9	Wittenberge	„	+2,35	—	10
Leitmeritz	24.	+2,05	5	—	Dömitz	23.	+1,53	—	11
Aussig	„	+1,58	—	13	Boizenburg	„	+1,46	—	21
Dresden	„	+0,10	—	44	Hohnstorf	24.	+1,64	—	13
Torgau	„	+1,40	49	—	Lauenburg	„	+1,64	—	18

Aussig, 24. Februar. Pegelstand +1.58 m. Vom Oberlauf werden 0.16 m Wuchs gemeldet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140225018/fragment/page=0005

Berliner Börse, 24. Febr. 1914

Die Rubrik in Kursfuchsfrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: 1 J. Jan. | 1 J. Apr. | 1 J. Juli | 1 J. Okt. | 1. 1. 7. | 1. 4. 10. | 15. 2. 8. | 15. 5. 11. | 15. 6. 12. | 15. 3. 9. | 15. 6. 12. | 15. 1. 7. | 15. 4. 10. | 15. 5. 11. | 15. 6. 12. | 15. 1. 7. | 15. 4. 10. | 15. 5. 11. | 15. 6. 12. | 15. 1. 7. | 15. 4. 10. | 15. 5. 11. | 15. 6. 12. | 1. 2. 8. | 1. 5. 11. | 1. 6. 12. | 1. 3. 9. | 1. 6. 12. | 1. 1. 7. | 1. 4. 10. | 1. 5. 11. | 1. 6. 12. | 1. 1. 7. | 1. 4. 10. | 1. 5. 11. | 1. 6. 12. | 1. 2. 8. | 1. 5. 11. | 1. 6. 12. | 1. 3. 9